

Freie Universität Berlin
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
SS 2007

HS : Chinas Außenpolitik: Auf dem Weg zu einer multipolaren Ordnung?
Dozent: Univ.-Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Hausarbeit

*Menschenrechte in der Informationsgesellschaft -
Die Great Firewall of China eine neue Dimension internationaler Zusammenarbeit?*

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung.....	1
2	Menschenrechte im Informationszeitalter.....	3
2.1	Meinungsfreiheit.....	3
2.2	Privatsphäre.....	4
2.3	Informationsfreiheit.....	5
3	Die Great Firewall of China.....	5
3.1	Rechtlicher Rahmen.....	8
3.2	Technologische Innovationen der besonderen Art.....	11
3.2.1	Sperrung von Internetseiten.....	12
3.2.2	Filterung des Datenverkehrs.....	13
3.2.3	Filterung von Suchergebnissen.....	14
3.2.4	Filtermechanismen in Softwareprodukten.....	15
3.2.5	Zensur von und in Blogs.....	16
3.2.6	Kontrolle von Internetcafés.....	16
3.3	Zusammenfassung.....	17
4	Die Rolle westlicher Unternehmen.....	18
4.1	Anbieter technischer Infrastruktur	21
4.2	Software-Produzenten.....	23
4.3	Dienstleister.....	25
4.4	Zusammenfassung.....	27
5	Die westlichen Demokratien ein Hort der Freiheit?.....	28
5.1	Die Vorratsdatenspeicherung in der EU.....	29
5.2	Informationsfreiheit made in USA.....	32
6	Ausblick und Fazit.....	33
	Abbildungen.....	36
	Filterung von Suchergebnissen in China	36
	Bildersuche nach Tiananmen Square.....	37
	Literatur	38
	Gesetze und Normen.....	40

„It is freedom that enables citizens everywhere to benefit from knowledge, journalists to do their essential work, and citizens to hold government accountable. Without openness, without the right to seek, receive and impart information and ideas through any media and regardless of frontiers, the information revolution will stall, and the information society we hope to build will be stillborn.“

Kofi Annan 2005, ehemals Generalsekretär der Vereinten Nationen¹

1 Einführung

Das Internet ist das Wahrzeichen einer neuen, einer modernen und offenen Welt. Es gilt als eines der herausragenden Errungenschaften des digitalen Zeitalters.

Das Internet als offenes Medium, das es jedem Teilnehmer erlaubt, Produzent und Konsument von Information zu sein, birgt das Potenzial zur Emanzipation und Bildung von Menschen, zur Überwindung kultureller, sozialer, politischer und wirtschaftlicher Grenzen und kann somit als Grundlage einer offenen "Weltgesellschaft" dienen, der Informationsgesellschaft.

In dieser kann jeder Einzelne am freien Austausch von Informationen und Ideen zwischen Menschen in der ganzen Welt partizipieren und sich ein eigenes Bild von der Welt machen.

Das Internet, das eine völlig neue Dimension der Kommunikation in seinen vielfältigen Spielarten wie Chats, Internettelefonie, E-Mail oder aber der Kommunikation in sozialen Netzwerken wie den Blogs ermöglicht, ist Ausdruck der Bedürfnisse von Menschen auf der ganzen Welt: Freie Meinungsäußerung, freie Medien, die Verbreitung und der Konsum von unabhängigen, ungefilterten Informationen und die Aneignung von Wissen stehen bei der Nutzung des Internets im Vordergrund.

Doch der ungefilterte Internetzugang ist nicht überall möglich. So steht China seit Jahren aufgrund seiner Zensurpolitik in der Kritik. Seit der Einführung des Internet in China wurde die Zensur dieses neuen Mediums immer weiter verstärkt, so wurden zahlreiche Gesetze und Verordnungen zur Regulation des Zugangs und der

¹ Word summit on the information society, Tunis 2005, <http://www.itu.int/wsis/tunis/statements/docs/io-un-opening/1.html> abgerufen 18.08.2007

Inhalte erlassen, eine Internetpolizei soll nach politisch ungewünschten Inhalten fahnden, eine auf der Welt wohl einmalige technische Infrastruktur zur Überwachung und Filterung des Internets wurde schon vor Jahren etabliert, zahlreiche Dissidenten sitzen wegen Meinungsäußerungen im Internet in Gefängnissen ein.

Mit diesen Praktiken verstößt die VR China gegen grundlegende Menschenrechte wie die Meinungsfreiheit, das Recht auf Privatsphäre oder das Recht auf Informationsfreiheit. Doch sind diese Praktiken nicht ohne deutliche Mithilfe von Außen zu realisieren gewesen, so stammt ein Großteil der bei der Filterung und Zensur verwendeten Technologie von ausländischen Anbietern wie Cisco, Sun Microsystems, Yahoo!, Google oder auch Microsoft.

Meine Arbeit untersucht, inwiefern die als „Great Firewall of China“ bezeichnete Zensurmaschinerie in Menschenrechte eingreift, welche Technologie dabei zum Einsatz kommt und welche Rolle internationale Unternehmen hierbei gespielt haben und weiterhin spielen.

Bei dieser Untersuchung stellt sich zwangsläufig die Frage nach der Glaubwürdigkeit des Westens, der immer wieder die Einhaltung der Menschenrechte in China anmahnt.

Um meine Fragestellung zu beantworten werde ich zunächst das Gewicht des Internets mit Blick auf internationale Abkommen und Verträge im Rahmen der Menschenrechte einführend erörtern.

In einem weiteren Schritt wird die in China praktizierte Internetzensur sowohl was die technischen Grundlagen – ohne die eine Bewertung der Reichweite und des Ausmaßes kaum möglich ist – als auch die praktische Anwendung betrifft, untersucht.

Hieraus ergibt sich die Frage, wie es China möglich war, ein derart perfektioniertes System der Zensur aufzubauen und zu unterhalten. Die Antwort liegt in der internationalen Kooperation mit westlichen Technologieanbietern. Es wird aufgezeigt werden, wie diese sich der Beihilfe zur Menschenrechtsverletzung schuldig machen und damit gegen die eigenen Firmengrundsätze sowie internationales und nationale Normen verstoßen.

Abschließend wird die Frage der „moralischen Überlegenheit“ der westlichen Demokratien insgesamt zu klären sein, die ich anhand von zwei aktuellen Gesetzgebungsverfahren in den USA und auf

Ebene der EU bewerten werde.

2 Menschenrechte im Informationszeitalter

Das Internet bietet jedem Teilnehmer zahlreiche Wege der Kommunikation, des Abrufes und der Verbreitung von Informationen. Der revolutionäre Charakter dieses Mediums liegt einerseits in seiner weltweiten Ausbreitung, die eine grenzenlose Kommunikation ermöglicht, andererseits ist es nicht, wie alle bisher gekannten Medien ein Broadcast-Medium, mit einigen wenigen Produzenten von Information und vielen Konsumenten. Im „world wide web“ kann jeder ohne hohe Kosten Informationen bereitstellen oder abrufen: weltweit, in Sekundenschnelle. Somit wurde das erste mal in der Geschichte der Menschheit ein Medium geschaffen, welches grundlegenden Menschenrechten eine Basis bietet. Welchen Rechten das Internet zum Durchbruch verhelfen kann, wird nun erörtert.

2.1 Meinungsfreiheit

Die Meinungsfreiheit ist eines der ältesten Freiheitsrechte und wurde bereits 1789 in Art.11 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte in Frankreich als eines wichtigsten Rechte des Menschen bezeichnet².

Auf internationaler Ebene ist das Recht auf Meinungsfreiheit in der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" der Vereinten Nationen kodifiziert. Dort heißt es in Art. 19:

*"Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten."*³

Die Meinungsfreiheit bildet die Grundlage für politische, kulturelle und religiöse Freiheit. Meinungsfreiheit schafft erst die Freiheit, Ideen entwickeln und mit anderen diskutieren zu können, sie ermöglicht Raum für gesellschaftlichen Fortschritt und Demokratie.

2 Dort heißt es: La libre communication des pensées et des opinions est un des droits les plus précieux de l'homme: tout citoyen peut donc parler, écrire, imprimer librement, sauf à répondre de l'abus de cette liberté, dans les cas déterminés par la loi. , La Constitution - Déclaration des Droits de l'Homme et du citoyen de 1789, <http://www.legifrance.gouv.fr/html/constitution/const01.htm> abgerufen 10.08.2007

3 vgl. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (deutsche Fassung),Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948, <http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm> abgerufen 11.07.2007

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist allerdings kein absolutes Recht. So können Regierungen gemäß völkerrechtlichen Verträgen unter bestimmten Umständen gewisse Formen der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit aus Gründen der nationalen Sicherheit oder des Schutzes der öffentlichen Ordnung einschränken⁴, wenn diese einen solchen Schritt für unausweichlich halten⁵.

Auch wenn es hiernach so scheint, als ob die Bereitschaft von Staaten, das Recht auch Meinungsfreiheit zu schützen, weitgehend in ihrem eigenen Ermessen liegt, so sind Einschränkungen dieses Rechts doch klare Grenzen gesetzt. So muss jede derartige Beschränkung gesetzlich verankert sein, ein legitimes Ziel verfolgen und insgesamt angemessen sein.

Mit Blick auf das Internet stellt die Meinungsfreiheit die normative Grundlage schlechthin dar, die es erst zu dem globalen, demokratischen Medium werden lässt, das die Informationsgesellschaft möglich macht und zu einem Dialog der Kulturen über geographische Hindernisse hinweg führen kann.

2.2 Privatsphäre

In direkter Verbindung mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung steht das Recht auf Privatsphäre. In Artikel 12 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es hierzu: "*Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr [...] ausgesetzt werden. Jeder hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.*"

Wer im Internet kommuniziert und mit Gleich- wie anders Gesinnten diskutiert, wer private, politische oder geschäftliche Informationen austauscht, wer publiziert und konsumiert, der muss sich sicher sein können, dies offen und ohne äußere Eingriffe in die Kommunikation tun zu können.

4 vgl Art. 19 Abs. 3 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.Dezember 1966, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Menschenrechte/Download/IntZivilpakt.pdf> abgerufen 17.08.2007

5 Zur deutschen Diskussion Meinungsfreiheit im Cyberspace vgl. u.a.: Mayer: Recht und Cyberspace, in: NJW 1996 Heft 28, S. 1782f; Lauff: Der Schutz bürgerlicher und politischer Rechte durch die Vereinten Nationen, NJW 1981 Heft 48, S. 2611f; Bremer: Radikal-politische Inhalte im Internet - ist ein Umdenken erforderlich?, MMR 2002 Heft 3, S. 147f

Bei Eingriffen in die Kommunikation, die die Privatsphäre unterminiert, wird der Nutzer sich anders verhalten und notfalls auf andere Wege der Kommunikation ausweichen, um der Überwachung zu entgehen und keine möglichen Repressionen durch staatliche oder private Akteure fürchten zu müssen.

2.3 Informationsfreiheit

Informationsfreiheit im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bezeichnet das Recht eines jeden Menschen, "über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten".

Hinsichtlich des hier betrachteten Mediums Internet muss dieses Recht also als Rezipientenfreiheit verstanden werden⁶, also der Freiheit, sich ungehindert aus allgemein zugänglichen Quellen ohne äußeren Eingriff von staatlichen oder privaten Dritten zu informieren.

Wie die drei genannten Menschenrechte Meinungsfreiheit, Privatsphäre und Informationsfreiheit in China sowohl durch die chinesischen Behörden als auch private Dritte eingeschränkt werden, wird nun einer eingehenden Prüfung unterzogen.

3 Die Great Firewall of China

China fand 1994 den Anschluss an das globale "Internet". Zunächst war das Netzwerk aber Forschungseinrichtungen und staatlichen Institutionen vorbehalten. Bereits ein Jahr später wurde der Netzzugang jedoch für die allgemeine und kommerzielle Nutzung freigegeben.

Die ersten vier nationalen Netze CSTNet⁷, ChinaNet⁸, CERNet⁹ und

6 Oft wird Informationsfreiheit auch als Informationstransparenz im Sinne von Transparenz der Administration verstanden, der Veröffentlichung von Dokumenten der Verwaltung.

7 China Science and Technology Network (CSTNet): Die Arbeiten an diesem vorrangig für Forschungs- und Erziehungszwecke angedachten Netzwerkes wurden bereits 1989 begonnen und ging aus dem National Computing and Networking Facilities Center Projekt hervor. Es war das erste Netzwerk, das 1994 mit dem Internet verbunden wurde. <http://www.cstnet.net.cn/english/index.htm>

8 ChinaNET: Das ChinaNET wurde 1985 vom Ministerium für Post und Telekommunikation gegründet und war das erste kommerzielle Netzwerk in China. Seit 2002 wird es von der China Telecom Ltd. betrieben. Nach Angaben von China Telecom ist es mit 25 Mio Nutzern das größte Internet-Netzwerk der Welt. <http://en.chinatelecom.com.cn>

9 China Education and Research Network (CERNET): Dieses Netzwerk stellt in erster Linie ein nationales Erziehungs- und Forschungs- Computernetzwerk dar, das von der Chinese State Education Commission finanziert wird. Das CERNET verbindet alle Erziehungs- und Forschungseinrichtungen wie Universitäten, Schulen und Bildungsträger miteinander. http://www.edu.cn/english_1369/index.shtml

CHINAGBN¹⁰ bilden das Backbone¹¹ für die Internetinfrastruktur in China, über die jeglicher Datenverkehr abgewickelt wird.

Weitere Netze umfassen das China Uninet (UNINet - Mobiltelefondienste), das China Netcom network (CNCnet - weiteres kommerzielles Netz), das China International Economy and Trade Net (CIETNet - sicheres und geschlossnes e-Kommerz-Netzwerk), das China Mobile network (CMNet - mobiler Internetzugang), das China Great Wall Net (Cgwnet - ein nicht kommerzielles Netzwerk) sowie das China Satellite Net (CSNet - kommerzieller Breitbandzugang über Satellit).

Diese Netzwerke unterliegen der direkten Kontrolle durch das "Ministerium für Post und Telekommunikation", welches wiederum direkt dem Staatsrat unterstellt ist.

China schickt sich derzeit an, die westliche Welt bei der Nutzung des Internets zu überholen und zwar sowohl was die Nutzerzahlen, die im Internet zugebrachte Zeit, als auch die Anzahl chinesischsprachiger Internetseiten angeht. Nach aktuellen Zahlen des China Internet Network Information Center (CNNIC) gibt es in China derzeit 162 Millionen Internetnutzer¹².

Damit liegt China zwar noch hinter den USA mit 209 Millionen¹³, bei weiter rasant¹⁴ steigenden Zuwachsraten wird sich dies aber in absehbarer Zeit ändern.

Bei der „online“ zugebrachten Zeit haben die Chinesen die Amerikaner mittlerweile schon überholt¹⁵ und auch was die chinesischen Internetseiten betrifft, wird es wohl nicht mehr lange dauern, bis sich das bisherige Bild des Internets als vorrangig

10 China Golden Bridge Network (ChinaGBN): Das ChinaGBN wurde vom Premier Zhu Rongji 1993 als Konkurrenz zum Monopolisten ChinaNET angekündigt. 1996 wurde es vom Ministerium der Elektronikindustrie fertiggestellt und wird seitdem beständig ausgebaut. Aktuell wird es durch die Jitong Communications betrieben.
<http://chinagbn.com/>

11 Backbone (engl. für Rückgrat) bezeichnet den verbindenden Kernbereich eines Telekommunikationsnetzes und bietet einerseits sehr hohen Bandbreiten, ist andererseits zur Ausfallsicherheit meist redundant ausgelegt. Über Backbones fließt der überwiegende Teil des Datenverkehrs von Netzwerken.

12 Statistical Report on the Internet Development in China, 20th Survey Report,
<http://www.cnnic.net.cn/html/Dir/2007/08/03/4748.htm> abgerufen 16.08.2007

13 United States of America: Internet Usage and Broadband Usage Report,
<http://www.internetworldstats.com/am/us.htm> abgerufen 16.08.2007

14 Im 19. Report zur Internetnutzung in China waren noch 137 Mio. Internetnutzer ausgewiesen. vgl. Statistical Report on the Internet Development in China, 19th Survey Report,
<http://www.cnnic.net.cn/download/2007/cnnic19threport.pdf> abgerufen 16.08.2007

15 Natalie Pace (Forbes.com): China Surpasses U.S. In Internet Use, 04.03.2006,
http://www.forbes.com/2006/03/31/china-internet-usage-cx_nwp_0403china.html abgerufen 11.08.2007

„englischsprachig“ wandelt.

Die neueste Entwicklung in der chinesischen Netzwerkinfrastruktur stellt das "China Next Generation Internet" (CNGI) dar, das auf dem neuesten Internetprotokoll IPv6 aufbaut und höhere Effizienz, Geschwindigkeit und Sicherheit gegenüber Netzen, die noch auf dem weit verbreiteten IPv4-Protokoll basieren, bringen soll. Mittlerweile betreibt China nach eigenen Angaben das weltweit erste reine und größte IPv6-Netzwerk¹⁶.

Bei der überwältigenden Größe des chinesischen IT-Marktes mit mehr als einer Milliarde potentieller Nutzer verwundert das in den letzten Jahren zunehmende Interesse multi- und internationaler Telekommunikations- und E-Commercefirmen nicht. Von Seiten der chinesischen Regierung wurde das in diesem Markt und der neuen Technologie steckende entwicklungspolitische Potential von Anfang an erkannt und gefördert, indem die kommerzielle Nutzung Internets schon frühzeitig freigegeben wurde.

In der Folge wuchs der Markt in exponentiellem Ausmaß, wie den Reporten des CNNIC zu entnehmen ist. Immer mehr Internetzugangsanbieter (ISPs), InternetCafés, Internetportale und viele Dienstleistungen entstanden und gerade unter den jungen Chinesen¹⁷ in Ballungsräumen hat sich das Internet zu einem Kommunikationsmittel mit hoher Anerkennung entwickelt.

Auch wenn dem Medium Internet in China ein rasanter Aufstieg zugeschrieben werden kann, sich China auf dem Weg zu einem Global Player der Informationstechnologie befindet und das Internet Teilen der chinesischen Bevölkerung neue Formen der Kommunikation über lokale geographische Grenzen hinweg ermöglicht, so kann für das chinesische Internet nicht von einem freien Medium ausgegangen werden.

Seit der kommerziellen Freigabe 1995 hat die chinesische Regierung mehr als 60 verschiedene Gesetze¹⁸ zur Nutzung des Internets erlassen, die den freien Zugang erheblich einschränken.

Mit dem Gesetz "PRC Regulations for the Safety Protection of

16 China Education and Research Network: CERNET2 - Brief Introduction, <http://www.edu.cn/20060111/3170212.shtml> abgerufen 16.08.2007

17 35.2% der Internetnutzer in China sind zwischen 18 und 24 Jahren alt. vgl. Statistical Report on the Internet Development in China, 19th Survey Report, S. 10

18 vgl. Human Rights Watch: "Freedom of Expression and the Internet in China, A Human Rights Watch Backgrounder", <http://www.hrw.org/backgrounder/asia/china-bck-0701.htm> abgerufen 16.08.2007

Computer Information Systems" aus dem Jahre 1994 wurde dem Ministerium für Innere Sicherheit die Verantwortung über alle mit dem Internet auftretenden Fragen übertragen und es wurde mit der Überwachung dieses neuen Mediums beauftragt.

Dieses Gesetz sollte dafür sorgen, die öffentliche Ordnung, die durch die chinesische Regierung offenbar im Zusammenhang mit dem Internet als bedroht anzusehen ist, zu erhalten, indem das Internet überwacht, die Inhalte inspiziert, illegales und kriminelles Verhalten verfolgt und weitere Überwachungsmaßnahmen durchgeführt werden. Damit waren die rechtlichen Grundlagen für die von zahlreichen Bürgerrechtsorganisationen kritisierten Zensur- und Filtermaßnahmen des chinesischen Internets geschaffen. Auf dieser Grundlage wurden weitere Gesetze und Verordnungen beschlossen, auf die ich im Folgenden eingehen werde.

3.1 Rechtlicher Rahmen

Schon kurz nach der kommerziellen Öffnung des chinesischen Internets wurde im Jahre 1996 Bestimmungen zur Verbindung des chinesischen Internets mit ausländischen Netzknoten erlassen, der die Inhaltskontrolle teilweise den Netzbetreibern aufbürdet.

So heißt es in Art. 13 des *PRC Interim Regulations Governing the Management of International Computer Networks*: "*Units and individuals engaging in Internet business shall strictly enforce safety and security control systems [...] and shall not make use of the Internet (for) [...] activities prejudicial to state security and the leakage of state secrets - or to produce, retrieve, duplicate, and disseminate information prejudicial to public order [...]*"¹⁹.

Wenig später erfolgte ein Dekret, das alle Internetnutzer dazu verpflichtete, sich bei einer Polizeidienststelle zu registrieren, wenn sie einen Internetzugang beantragt hatten. In Artikel 11 der *Computer Information Network and Internet Security, Protection and Management Regulations* von 1997 heißt es hierzu: "*The network user should fill out a user application form when applying for network services. The format of this application form is*

19 PRC Interim Regulations Governing the Management of International Computer Networks (Zhonghua renmin gongheguo jisuanji xinxi wangluo guoji lianwang guanli zanxing guiding), pub. Fazhi Ribao (Legal Daily), February 12, 1996, issued by State Council Order No.195, signed by Premier Li Peng on February 1, 1996. zitiert nach: <http://www.hrw.org/background/asia/china-bck-0701.htm>

determined by Public Security."²⁰. Des Weiteren wird Nutzern wie Netzbetreibern verboten, das Internet zum Erstellen, Verbreiten, Replizieren, Abrufen oder Versenden von Informationen zu benutzen, die geeignet sind, die öffentliche Ordnung zu stören, die Reputation von Staatsorganen in Frage zu stellen, das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu beeinträchtigen oder ihrem Gehalt nach falsche Tatsachen darstellen, sowie gegen die Verfassung oder administrative Regularien verstoßen²¹. Die hier angebrachten Definitionen, was nicht über das Internet übertragen werden darf sind so weit gefasst, dass weder für den Nutzer noch für den Netzbetreiber die Grenzen des rechtstreuen Verhaltens erkennbar sind, der willkürlichen Sperrung und Filterung wird geradezu Vorschub geleistet. So werden auch alle anderen Aktivitäten, die mutmaßlich gegen die Verfassung, gegen Gesetze oder administrative Regelungen verstoßen verboten²².

In Artikel 8 des Gesetzes heißt es weiter: *„Units and individuals engaged in Internet business must accept the security supervision, inspection, and guidance of the Public Security organization. This includes providing to the Public Security organization information, materials and digital document, and assisting the Public Security organization to discover and properly handle incidents involving law violations and criminal activities related to computer information networks.“*. Diese Regelung ist in jeglicher Hinsicht bemerkenswert. Die Festlegung, dass jeder, der das Internet nutzt, Dienste oder technische Infrastruktur bereitstellt, die Überwachung dieses Mediums durch die Organe der öffentlichen Sicherheit hinzunehmen habe und als Betreiber bei der Verfolgung nicht genau festgelegter Rechtsverstöße Hilfe bis hin zur aktiven Unterstützung zu leisten habe, verstößt gegen grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien. Die hier formulierten Maßnahmen von Überwachung und Herausgabe von personenbezogenen Daten schränken zudem das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit und Privatsphäre ein.

Für ausländische Investoren und Firmen, die in den potentiell

20 Computer Information Network and Internet Security, Protection and Management Regulations (Original translation provided by the US Embassy in Beijing), Approved by the State Council on December 11 1997 and promulgated by the Ministry of Public Security on December 30, 1997, http://newmedia.cityu.edu.hk/cyberlaw/gp3/pdf/law_security.pdf abgerufen 16.08.2007

21 vgl ebd. Art.5

22 hierzu heißt es in Art.5 Abs 9: Other activities against the Constitution, laws or administrative regulations

größten Internetmarkt China einsteigen wollen, ist die Einhaltung zweier im Jahre 2000 erlassener Gesetze von Bedeutung, die auch und vor allem diesen Akteuren eine bedeutende Rolle bei der "Regulation" des chinesischen Internets zuschreiben, indem diese einerseits in den Überwachungsapparat eingebunden werden und andererseits die Definition verbotener Inhalte erweitert wird. So ist es Organisationen und Individuen aufgrund Artikel 57 der *Telecommunications Regulations Of The People's Republic Of China* verboten, Informationen, die gegen grundlegende Verfassungsprinzipien verstoßen, Staatsgeheimnisse enthalten, die Interessen Chinas beeinträchtigen, die soziale Ordnung beeinflussen oder andere negative Wirkungen entfaltet, zu verbreiten, abzurufen oder zu erstellen²³.

Durch die Regularien der *Measures For Managing The Internet Information Services*²⁴ werden die Internet Service Provider für die Inhalte, die sie an ihre Nutzer ausliefern, verantwortlich gemacht. In Artikel 14 wird festgeschrieben, dass die lizenzierten Zugangsanbieter die Nutzung ihrer Kunden protokollieren müssen, so sind die dem Nutzer zugeordneten Benutzerdaten, die genutzten Internetdienste, abgerufenen Internetseiten, sowie die Zeiten des Zugriffes für sechzig Tage auf Vorrat zu speichern und für die Behörden vorzuhalten.

Mit Artikel 16 wird den Internet Providern die Überwachung und Filterung der Internetzugänge vorgeschrieben sowie die automatisierte Protokollierung von verdächtigen Vorgängen und unverzügliche Information der zuständigen Sicherheitsbehörden verordnet.

Diese Gesetze und Verordnungen machen deutlich, dass man es in China trotz des diagnostizierten Wachstums im Telekommunikationssektor nicht mit einem freien Internet zu tun hat, vielmehr wurde und wird von Seiten der chinesischen Regierung ein legislativer Rahmen geschaffen, der die willkürliche Filterung, die Überwachung und Manipulation von abgerufenen, publizierten oder versendeten Inhalten sowohl durch die

23 vgl. *Telecommunications Regulations of the People's Republic of China*, 25 September 2000 by the State Council of the People's Republic of China as State Council Decree No. 291, http://www.transasialawyers.com/translation/legis_17_e.pdf abgerufen 16.08.2007

24 *Measures For Managing The Internet Information Services*, October 1, 2000 by the State Council, <http://newmedia.cityu.edu.hk/cyberlaw/gp9/pdf/lr01.pdf> abgerufen 11.08.2007

Administration als auch private Dritte ermöglicht. Damit verstößt die VR China gegen grundlegende Menschenrechte, was um so schwerer wiegt, wenn man betrachtet, wie Verstöße gegen die chinesischen Regularien geahndet werden können.

So erfolge im Jahr 2001 eine deutliche Verschärfung der Gesetze, die derartige Verstöße als Verrat von Staatsgeheimnissen zu Kapitalverbrechen stilisierte. Somit können die chinesischen Gerichte ein schier willkürliches Strafmaß verhängen: "*Those who illegally provide state secrets or intelligence for units, organizations and individuals outside the country through Internet [...] will be sentenced to ten or more years of fixed-term imprisonment or imprisonment for life [...]. In cases of a gross violation of law [...] (they) may be sentenced to death and their properties will be confiscated by the state.*"²⁵

Betrachtet man den legislativen Rahmen, so stellt sich die Frage, wie diesem von Seiten der Internetprovider und Dienstleister entsprochen werden kann, schließlich ist das Internet schon vom Design her²⁶ darauf ausgelegt, gegen Manipulationen und Ausfälle gerüstet zu sein²⁷.

Welcher Maßnahmen und technologischer Innovationen man sich in China bedient, um der staatlichen Dogmatik zu entsprechen, wird nun untersucht werden.

3.2 Technologische Innovationen der besonderen Art

Die in der Literatur als *Great Firewall of China* bezeichnete Zensur-Überwachungs- und Filterarchitektur zieht im Bezug auf die technischen und administrativen Möglichkeiten nahezu alle Register, die denkbar sind, um den chinesischen Bürgern das Recht auf Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit und Privatsphäre zu

25 Explanations on Certain Questions Concerning the Specific Application of Law in the Trial of Cases of Stealing, Making Secret Inquiries of or Buying State Secrets and Intelligence and Illegally Providing Gathered State Secrets and Intelligence for Units Outside the Country, in "China: Supreme People's Court on Stealing State Secrets, BBC Monitoring, 23. Januar 2001, from Xinhua, January 21, 2001

26 Eine gute Einführung bietet: Medhi, Deepankar and Ramasamy, Karthikeyan: Network Routing: Algorithms, Protocols, and Architectures. 2007, Morgan Kaufmann

27 So wird durch verschiedenste Mechanismen und Protokolle die Ausfallsicherheit der im Internet zusammengeschalteten Netzwerke sichergestellt. Das Internet ist netzartig aufgebaut, so dass beim Ausfall eines Datenweges (engl. Route) ein anderer Weg genommen wird. Verschiedene Routingprotokolle (wie z.B. das Routing Information Protocol (RIP), OSPF (Open Shortest Path First), oder das Interior Gateway Routing Protocol (IGRP)) sorgen für gleichmäßige Netzlast und das Auffinden der schnellsten Routen. Somit ist das Internet als solches weitgehend gegen Manipulationen, die zu einem Ausfall des gesamten Netzes führen gesicher

nehmen.

Auch wenn diese bei Weitem noch nicht ausreichen, um alle unerwünschten Inhalte zu blockieren, so sind sie doch wirksam genug, um im Ganzen Wirkung zu entfalten: „*Although the Great Firewall remains far from impenetrable, technical analysis indicates extensive deployment of sophisticated equipment capable of blocking access to prohibited sites and proxy servers as well as filtering the content of accessed sites and e-mail.*“²⁸ Welcher technischen und administrativen Mittel bedient sich also die chinesische Regierung zur Umsetzung der vorgestellten Regelungen?

3.2.1 Sperrung von Internetseiten

Es gibt im Internet wohl Millionen von Internetseiten, die Informationen zu Demokratie und Menschenrechten, sowie aktuelle Nachrichten aus aller Welt bereithalten. Viele dieser Inhalte passen wie auch zahlreiche Informationen zu lokalen Ereignissen, zu historischen Vorkommnissen oder aktuellen politischen, sozialen oder religiösen Entwicklungen in China nicht in das Bild des autokratischen Staatsverständnisses.

Um solche Inhalte zu filtern und unzugänglich zu machen, gibt es verschiedene Methoden. So können alle Verbindungen zu einem Internetserver, der die fraglichen Inhalte bereitstellt, gekappt werden. Dabei wird die betroffene Internetseite anhand ihrer IP-Adresse²⁹ in den Routern³⁰ von wichtigen Internetaustauschknoten³¹ gesperrt und ist nicht mehr abrufbar.

Eine weitere Möglichkeit stellt die Manipulation der Domain-Name-

28 James Mulvenon: Breaching the Great Firewall? Beijing's Internet Censorship Policies and US-China Relations, in: The China Balance Sheet in 2007 and Beyond (Phase II Papers), Institute International Economics, <http://www.chinabalancesheet.org/Publication.html> abgerufen 16.08.2007

29 Um eine Kommunikation zwischen an das Internet angeschlossenen Geräten zu ermöglichen müssen diese in der Lage sein sich gegenseitig Daten zuzusenden. Damit diese Daten beim richtigen Gerät ankommen, müssen die Kommunikationspartner eindeutig benannt (adressiert) werden. Dies geschieht in IP-Netzen wie dem Internet mit Hilfe von IP-Adressen. Eine IP-Adresse (Internet-Protocol-Adresse) dient also zur eindeutigen Adressierung von Rechnern und anderen Geräten in einem IP-basierten Netzwerk.

30 Ein Router ist eine Netzwerkkomponente, die mehrere Rechnernetze koppelt. Dabei werden eintreffende Netzwerk-Pakete analysiert und zum vorgesehenen Zielnetz weitergeleitet (geroutet).

31 Internetknoten (Internet Exchange Point) dienen als Schnittstellen zwischen Rechnernetzen (LANs, MANs und WANs), dessen Gesamtverbund das Internet bildet. In Deutschland stellt der DE-CIX den wichtigsten Austauschknöten dar. Wichtige Austauschknöten in China sind unter anderem der Hong Kong Internet eXchange (HKIX), der Beijing National Internet Exchange Center (BIX), der Asia Pacific Internet Exchange (APIX), der Shanghai City Exchange und der Shanghai Internet Exchange (SIX).

Server (DNS) dar. Diese technischen Geräte sind dafür zuständig, eine Domain wie hrw.org in eine IP-Adresse zu übersetzen, auf deren Grundlage jede Kommunikation im Internet stattfindet. Die Domain-Name-Server sind gewissermaßen die Adressbücher des Internets. Manipuliert man nun eine solche Komponente, kann man entweder die zu filternde Domain völlig unzugänglich machen oder aber einen falschen Eintrag erstellen, der den Nutzer dann statt auf Human-Rights-Watch auf die Seite des Innenministeriums umleitet.

Beide Mechanismen werden in China eingesetzt, um bestimmte Internetseiten wie etwa BBC news, wikipedia oder die taiwanesischen Nachrichtenseite chinatimes zu blockieren. Gefiltert werden auf diese Weise meist westliche Nachrichtenangebote, die Seiten verschiedener ausländischer Zeitungen, Angebote aus regierungskritischen Kreisen, Kritik an der Einparteiensherrschaft, ausländische Suchmaschinen, Seiten mit pornographischen Inhalten, Tibet-Informationen oder Webseiten der "Falun Gong" Sekte.

Diese Art der Filterung ist zwar recht einfach mit Hilfe von Proxies³² zu umgehen, aber aufgrund des technisch anspruchsvollen Charakters höchst intransparent. wie auch die Opennet-Initiative in ihrem China-Report feststellt: „A consistent feature of regulation of the Chinese Internet has been the lack of transparency, which has long been a hallmark of the government’s management and suppression of information.“³³

3.2.2 Filterung des Datenverkehrs

Eine weitere Möglichkeit zum Blockieren unerwünschter Inhalte erfolgt unter noch tieferen Eingriffen in die Netzwerkkommunikation. Mit der so genannten Paketfilterung wird der gesamte Datenverkehr bestimmter Netzwerkprotokolle nach Schlüsselwörtern wie "Falun-Gong", "freedom" oder "freechina" durchsucht und bei einem Fund sofort die bestehende Verbindung

32 Die so genannten Proxy-Server leiten Anfragen von Internetnutzern an die entsprechenden Internetserver weiter, die die angefragten Daten vorhalten und übertragen die von diesen Servern gelieferten Daten an den anfragenden Rechner. So kann ein chinesischer Nutzer in China gesperrte Seite über einen Proxy-Server in den USA abfragen, da er nur eine Verbindung zu einem nicht gesperrten Proxy aufnimmt und dieser für ihn die gesperrten Inhalte bereitstellt.

33 Opennet-Initiative: China (including Hong Kong), <http://opennet.net/sites/opennet.net/files/china.pdf> abgerufen 16.08.2007

gekappt³⁴.

Auch diese Art der Filterung kann theoretisch umgangen werden, indem auf verschlüsselte Verbindungen wie etwa über Virtual Private Networks oder sicheres Surfen über HTTPS zurückgegriffen wird. Die chinesischen ISPs könnten die diesen Verschlüsselungsmechanismen³⁵ zugrunde liegenden Protokolle jedoch ebenfalls filtern.

Durch die Implementation neuer Standards ließe sich von Seiten internationaler Hard- und Softwareproduzenten etwas gegen diese Art der Filterung tun: *„However, because the original packets are passed through the firewall unscathed, if the endpoints completely ignore the firewall’s resets, then the connection will proceed unhindered. [...] Validating TCP resets to see if they have been forged is a reasonable precaution for TCP/IP stack vendors to take“*³⁶

3.2.3 Filterung von Suchergebnissen

Eine weitere Maßnahme zur Filterung von Inhalten des Internets ist die Manipulation von Suchergebnissen in Suchmaschinen und Internetverzeichnissen. So berichtet Human Rights Watch von Filtermaßnahmen der großen chinesischen Suchmaschinen Google.cn, Yahoo! China, MSN Chinese search und Baidu (der größten nationalen Suchmaschine), die einerseits bestimmte URLs aus den Suchergebnissen entfernt und andererseits anhand kritischer Suchwörter die Ergebnissen filtert³⁷.

So unterscheiden sich die Suchergebnisse bei der Eingabe „Falun-Gong“ zwischen dem amerikanischen Original und dem chinesischen Pendant von Google beträchtlich, eine Suche auf yahoo.cn führt dagegen zu einem Seitenladefehler³⁸.

Insgesamt ist das Ergebnis dieser Maßnahmen als intransparent zu

34 Eine gute Darstellung des Verfahrens ist zu finden in: Richard Clayton, Steven J. Murdoch, and Robert N. M. Watson (University of Cambridge): Ignoring the Great Firewall of China, 6th Workshop on Privacy Enhancing Technologies, <http://www.cl.cam.ac.uk/~rnc1/ignoring.pdf> abgerufen 16.08.2007

35 Cryptographische Verfahren unterliegen in China den restriktiven Regularien der „Commercial Use Password Management Regulations“ vom 15. Oktober 1999. So dürfen nur Verschlüsselungsverfahren eingesetzt werden, die der staatlichen Kontrolle unterliegen und nicht im Ausland produziert wurden.

36 vgl. ebd. S. 15

37 Human Rights Watch: Race to the Bottom - Corporate Complicity in Chinese Internet Censorship, August 2006 Volume 18, No. 8(C), <http://www.hrw.org/reports/2006/china0806/china0806web.pdf> abgerufen 16.08.2007

38 vgl. Abbildungen im Anhang

bezeichnen, da die Nutzer zwar zum Teil auf die Filterung hingewiesen werden, die Mechanismen der Zensur aber nicht offen liegen: „*The four China-based search engines featured two different kinds of censored results: 1) User notification of censorship (user is notified censorship has taken place); 2) Non-transparent censorship (the user is not notified that censorship has taken place)*“³⁹

3.2.4 Filtermechanismen in Softwareprodukten

Wo Filtermaßnahmen auf Netzwerkebene nicht ausreichen, wird die Zensur in die Software der Nutzer selbst integriert, wie das Beispiel des in China sehr beliebten Chatprogrammes QQ der Firma Tencent zeigte. Wer dieses Programm 2004 auf dem Personalcomputer installierte, bekam eine Datei mitgeliefert, die einer große Liste von unerwünschten Begriffen enthielt: „*When a client installs the QQ2003 software on their own computer desktop, a program file, called COMToolKit.dll, is automatically included. This file contains all the forbidden keywords, which will be automatically blocked when the client runs QQ.*“⁴⁰

Unter den durch diese Maßnahme gefilterten Begriffen finden sich „Abhören“, „Tsunami“, „Platz des Himmlischen Friedens“, Begriffe mit Taiwanbezug und viele weitere mit mehr oder weniger politischer Brisanz - Alles in Allem werden 236 Begriffe aufgeführt, die zu zensieren sind.

Auch der chinesische Ableger des weltweit größten Chat- und Instant-Messaging Anbieters *Skype* bietet in China nur eine zensierte Version seiner Software an. So gab der Vorstandsvorsitzende von *Skype* Niklas Zennström zu, dass in Zusammenarbeit mit *Tom Online* - dem Joint-Venture-Partner des Unternehmens - die Software angepaßt wurde, um den lokalen Gesetzen genüge zu tun: „*Tom had implemented a text filter, which is what everyone else in that market is doing. Those are the regulations.*“⁴¹

39 ebd. S. 25

40 Xiao Qiang: The words you never see in Chinese cyberspace, China Digital Times 30.08.2004, http://chinadigitaltimes.net/2004/08/the_words_you_n.php abgerufen 11.08.2007

41 Alison Maitland: Skype says texts are censored by China, in: Financial Times, London, 18. April 2006

3.2.5 Zensur von und in Blogs

Blogs, das sind die Tagebücher des digitalen Zeitalters. In Blogs wird über alles berichtet, was die Welt bewegt: Politische Entwicklungen, Naturkatastrophen, Religion, Wirtschaft, Technik oder auch das ganz normale Leben.

Mittlerweile ist die „Bloggergemeinschaft“ mit ihrem unheimlichen Reichtum an Informationen kaum noch zu überschauen: Die meist miteinander über Verweise verknüpften Internetseiten bilden große Netze, die auch als soziale Netzwerke mit nicht zu unterschätzender politischer Wirkung⁴² zu verstehen sind. So spielen Blogs insbesondere im politischen Prozess in den USA eine zunehmende Rolle - vor allem als Teil des Agenda-Setting - indem Kritik an Politik und öffentlicher Ordnung geübt wird, indem sie die politische Debatte insgesamt beeinflussen und politischer Aktivismus durch ihre Stellungnahmen ausgelöst wird.

Der steigende Einfluss dieser noch recht neuen Ausdrucksform, die längst die traditionelle „Homepage“ mit Familienbildern und persönlichen Informationen abgelöst hat, wurde auch in China durch das Zensurregime gewürdigt.

Auch bei den Blogs werden durch Wortfilter das Erstellen eines Blogs sowie Einträge in Blogs durch die Betreiberfirmen auf anstößige und politisch problematische Inhalte geprüft: *„They all work differently when it comes to censoring user content, but they all engage in some form of filtering or censorship of user content. [...] At least one of the services allows you to post anything, but replaces politically sensitive words with “****” when they appear.“*⁴³

3.2.6 Kontrolle von Internetcafés

Da der Internetzugang und die notwendigen technischen Geräte in China verglichen mit den Preisen in der westlichen Welt recht teuer ist, sind viele Chinesen auf die mit dem Internetboom aus dem Boden schießenden Internetcafés ausgewichen. Da diese öffentlich zugängliche Einrichtungen mit kommerziellem Charakter darstellen, lassen sich diese Internetzugänge leichter regulieren

42 Zur steigenden Bedeutung von Blogs in den USA vgl. Bruns, Axel et al.: *Uses of Blogs*, Peter Lang Publishing Inc, New York 2006

43 Rebecca MacKinnon: *Microsoft takes down Chinese blogger*, 4. Januar 2006, http://rconversation.blogs.com/rconversation/2006/01/microsoft_takes.html abgerufen 16.08.2007

und kontrollieren als der private Heimrechner.

Mit dem Anstieg der Nutzerzahlen dieser Einrichtungen stieg auch das staatliche Interesse an ihrer Kontrolle. Nachdem in einem Internet Café in Beijing im Juni 2002 ein schwerer Band 24 Menschenleben gefordert hatte, wurden vorübergehend 12.000 Internetcafés geschlossen. Ob es sich hierbei um Schließungen aufgrund baulicher Mängel handelte, kann nicht abschließend bewertet werden. In der Folge wurden jedoch sehr repressive Gesetze für den Betrieb von öffentlichen Internetzugängen eingeführt: *"All cafés are required to install software that blocks Web sites purportedly containing pornographic or subversive content. Cafés must keep detailed logs linking users to the pages they visited and recording access to any blocked pages; these records are reported to the Public Security Bureau. Cafés must obtain and record users' identities by asking for their identification cards, and must keep these records for at least 60 days"*⁴⁴

Die restriktiven Lizenz- und Zugangsbedingungen werden seit Jahren mit massenhaftem Lizenzentzug und dem tausendfachen Schließen von Internetcafés flankiert. So wurden allein zwischen Oktober und Dezember 2004 12.575 Einrichtungen aufgrund ihrer Nähe zu Grundschulen⁴⁵ geschlossen. Seit Anfang 2007 werden gar keine neuen Lizenzen für öffentliche Internetzugänge erteilt⁴⁶.

3.3 Zusammenfassung

Wie gezeigt wurde besitzt China die wohl weltweit derzeit ausgeklügeltste Zensurmaschinerie mit Bezug auf das Internet. Die chinesische Führung hat sowohl das wirtschaftliche Potential dieses neuen Mediums als auch seine politische Sprengkraft frühzeitig erkannt und ein legislatives Framework geschaffen, das in seinem regulativen Ausmaß wie seiner Wirkung auf die Menschenrechte in China beispiellos ist. Auf seiner Grundlage wurde ein ebenso beispielloses Überwachungs- und Filtersystem geschaffen, das es nur der Minderheit der chinesischen Bevölkerung erlaubt, das Internet als freies und demokratisches Medium zu erleben.

44 Opennet-initiative: Internet Filtering in China in 2004-2005: A Country Study, http://www.opennetinitiative.net/studies/china/ONI_China_Country_Study.pdf abgerufen 16.08.2007, S.11

45 BBC News: China net cafe culture crackdown, 14 February, 2005, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/technology/4263525.stm> abgerufen 16.08.2007

46 Ling Zhu: China cracks down on sales of Internet bar licenses, BEIJING, 20. März 2007 (Xinhua), http://news.xinhuanet.com/english/2007-03/20/content_5872809.htm abgerufen 16.08.2007

Die zahlreich dokumentierten⁴⁷ Inhaftierungen von so genannten *Cyberdissidenten*, die Schließung von Internetseiten, Blogs und öffentlichen Internetzugängen sprechen eine deutliche Sprache, auch wenn sie wohl nur die Spitze des Eisberges darstellen. Die Menschenrechtsverletzungen wurden und werden seit Jahren sowohl von ausländischen Regierungen als auch zahlreichen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) verurteilt.

Betrachtet man jedoch, welche Firmen den Auf- und Ausbau des chinesischen Internets stützen, kommt zwangsläufig die Frage nach der Glaubwürdigkeit der von den westlichen Demokratien vorgebrachten Argumente und Forderungen auf. Der Frage nach der Verantwortung westlicher Unternehmen im chinesischen Internetmarkt wird im Folgenden nachgegangen.

4 Die Rolle westlicher Unternehmen

“There’s a famous saying, ‘The Internet considers censorship to be damage, and routes around it.’ I say, what if censorship is in the router?”

Seth Finkelstein⁴⁸

Seit dem Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs Chinas in den 90er Jahren kann es sich kaum ein Unternehmen mehr leisten, nicht vor Ort vertreten zu sein. Dies trifft insbesondere auf Firmen zu, die sich den potentiell größten Internetmarkt China erschließen wollen. Somit ist seit Jahren zu beobachten, wie nahezu alle namhaften westlichen Unternehmen versuchen, auf dem chinesischen Markt Fuß zu fassen und ihre Produkte anzubieten.

Im Bereich der Unternehmen mit Internetbezug lassen sich verschiedene Kategorien von Technologieanbietern unterscheiden: Lieferanten von technischer Infrastruktur (Hardware), Produzenten von Internetsoftware und Anbieter von Dienstleistungen wie Suchmaschinen, Internetverzeichnissen, E-Mail-Anbieter oder Webhoster.

In welchem Umfang die meist multinationalen Konzerne, die in China oft in Kooperationen und Joint-Ventures mit chinesischen Firmen

⁴⁷ So gehen die press freedom organisation von mindestens 50 derzeit Inhaftierten Dissidenten aus, Human Rights Watch zählt namentlich 15 Fälle auf, die genauen Zahlen dürften jedoch um ein Vielfaches höher liegen.

⁴⁸ Amerikanischer Privacy-Aktivist und Programmierer, wurde 2001 mit dem Electronic Frontier Pioneer Award ausgezeichnet.

auftreten, an Menschenrechte und internationale Verträge gebunden sind, ist nach wie vor stark umstritten.

Die Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten, hier vor allem im Bereich Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit und Recht auf Privatsphäre, liegt völkerrechtlich in erster Linie bei den Vertragspartnern der völkerrechtlichen Verträge - den nationalen Regierungen. Im Rahmen von nationaler Gesetzgebung, internationalen Verträgen und Empfehlungen etwa der OECD und der Vereinten Nationen tragen aber auch die weltweit tätigen Unternehmen (TNCs) im Rahmen ihres Wirkungsbereich eine Verantwortung zur Einhaltung dieser grundlegenden Rechte.

So wurde mit den *Normen der Vereinten Nationen für die Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte*⁴⁹ auf internationaler Ebene bereits im Jahre 2003 auf die Rolle der transnationalen Unternehmen in einer globalen Welt aufmerksam gemacht und die Unternehmen dazu aufgerufen, in ihrem Wirkungsbereich auf die Einhaltung der Allgemeinen Menschenrechte zu achten.

Auch wenn diese Normen keinen rechtsverbindlichen Charakter haben und nicht eingeklagt werden können, so stellen sie doch einen Rahmen dar, anhand dessen Unternehmen und Regierungen prüfen können, ob ihre unternehmerischen Tätigkeiten internationalen Standards und vor allem den Menschenrechten gerecht werden.

Mit der Ernennung von John Ruggie zum Sonderbeauftragten der UNO für Menschenrechte und transnationale Unternehmen am 28. Juli 2005 wurde der Auffassung Rechnung getragen, dass international agierende Unternehmen ihren Beitrag zur Einhaltung der Menschenrechte leisten müssen. Das Mandat sieht vor, neue Standards im Bereich der sozialen Verantwortlichkeit von TNC's auszuarbeiten, die in der Lage sind, Menschenrechtsstandards wirkungsvoller durchzusetzen. Der Abschlussbericht wird frühestens Mitte 2008 erwartet.

Eine weitere Initiative der Vereinten Nationen stellt der vom ehemaligen UNO-Generalsekretär Kofi Annan initiierten *UN Global*

⁴⁹ Norms on the responsibilities of transnational corporations and other business enterprises with regard to human rights, [http://www.unhcr.ch/huridocda/huridoca.nsf/\(Symbol\)/E.CN.4.Sub.2.2003.12.Rev.2.En](http://www.unhcr.ch/huridocda/huridoca.nsf/(Symbol)/E.CN.4.Sub.2.2003.12.Rev.2.En) abgerufen 17.08.2007

*Compact*⁵⁰ dar, der einen Zusammenschluss von Unternehmen und Institutionen darstellt, die sich freiwillig zur Einhaltung von zehn Richtlinien⁵¹ verpflichten, darunter die Einhaltung der Menschenrechte sowie Mindeststandards im Bereich Umweltschutz und Arbeit.

Aktuell⁵² haben sich über 3800 Unternehmen und Institutionen aus 100 Ländern diesen Richtlinien verpflichtet. Darunter finden sich auch Firmen wie Cisco Systems (2001/9/6), Hewlett-Packard Company (2002/8/29), Microsoft Corporation (2006/11/8) und Sun Microsystems (2007/3/9) - Firmen, die maßgeblich in China investieren und technische Infrastruktur liefern.

Neben den Vereinten Nationen wird auch auf Ebene der OECD, der EU und zahlreichen anderen regionalen und nationalen Ebenen verstärkt auf die Rolle der TNCs hingewiesen und von diesen die Einhaltung internationaler Standards eingeklagt: So etwa durch die "Tripartite Declaration of Principles Concerning Multinational Enterprises and Social Policy"⁵³ der ILO (2006), die "Guidelines for Multinational Enterprises"⁵⁴ der OECD (Juni 2001) oder auf Ebene der Europäischen Union durch die "Resolution on EU Standards for European Enterprises operating in developing countries towards a European Code of Conduct"⁵⁵ des Europäischen Parlaments (1999).

In den OECD Leitsätzen heißt es : *"Die Unternehmen sollten der erklärten Politik der Länder, in denen sie tätig sind, voll Rechnung tragen und auch die Meinungen der anderen Unternehmensbeteiligten in Betracht ziehen. Die Unternehmen sollten in dieser Hinsicht [...] die Menschenrechte der von ihrer Tätigkeit betroffenen Personen respektieren [...]"*⁵⁶.

Damit wird den Menschenrechten ein zentraler Wert auch bei jeglicher Unternehmerischer Tätigkeit zugewiesen, der sich

50 siehe <http://www.unglobalcompact.org>

51 The Ten Principles: <http://www.unglobalcompact.org/AboutTheGC/TheTenPrinciples/index.html> abgerufen 16.08.2007

52 Stand: 11.Januar 2007

53 Tripartite Declaration of Principles concerning Multinational Enterprises and Social Policy, <http://www.ilo.org/public/english/employment/multi/download/declaration2006.pdf> abgerufen 17.08.2007

54 Guidelines for Multinational Enterprises (deutsch), http://www.humanrights.ch/home/upload/pdf/050728_oecd-leitsaetze_oecd-d.pdf abgerufen 17.08.2007

55 Resolution on EU Standards for European Enterprises operating in developing countries towards a European Code of Conduct, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:1999:104:0180:0184:EN:PDF> abgerufen 17.08.2007

56 vgl. Guidelines for Multinational Enterprises (deutsch), S. 21

zunehmend auch in den Leitsätzen und Verhaltenskodizes von Unternehmen wiederfindet. Ob die westlichen Unternehmen den internationalen Standards und ihren eigenen Verhaltensregeln gerecht werden, wird in der Folge betrachtet werden.

4.1 Anbieter technischer Infrastruktur

Technische Infrastruktur - das ist die Basis, auf der jedes Computernetzwerk egal ob klein oder groß, ob regional, national oder, wie das Internet, international fußt.

Der internationale Markt für die technischen Geräte wie Router, Switches, Firewalls und ähnlich Komponenten wird zum großen Teil von westlichen Firmen wie Sun Microsystems, Cisco Systems oder Nortel Networks dominiert. Sie sind maßgeblich auch am Auf- und Ausbau der chinesischen Internetinfrastruktur in all seinen Formen beteiligt.

Cisco Systems hat schon recht früh den UN Global Compact unterzeichnet und schreibt zu den zehn Prinzipien "*These Principles are consistent with Cisco's own Corporate Code of Conduct and Cisco supports these Principles as set forth above.*"⁵⁷ Weiter heißt es "*As the worldwide leader in networking for the Internet, Cisco Systems Inc. is committed to helping people from all walks of life benefit from the Internet. [...] Cisco was founded in an environment of open communication, empowerment, integrity and trust. These values remain at the forefront of our culture and our business decisions.*"⁵⁸ Damit bekennt sich Cisco Systems eindeutig zur Einhaltung der Allgemeinen Menschenrechte.

Cisco Systems war und ist allerdings nach wie vor maßgeblich am Aufbau des chinesischen Internets beteiligt und somit auch für die Einhaltung von Menschenrechten in diesem Wirkungsbereich verantwortlich zu machen. Die Opennet-Initiative stellt hierzu fest: "*Cisco Systems in particular has been integral to China's Internet development. The core of China's Internet relies on Cisco technology; Cisco specifically implemented the backbone networks for ChinaNet and CERNet, China's nation-wide educational network. Cisco's involvement continues to this day with the company's role*

57 Cisco Systems: UN Global Compact,

http://www.cisco.com/web/about/ac227/about_cisco_corp_citi_global_compact.html abgerufen 17.08.2007

58 ebd.

in the development of China's Next-Generation Network [...]”⁵⁹.

Dass die von Cisco Systems an China gelieferte Hardware zur Internetfilterung und Zensur eingesetzt werden kann, ist mittlerweile nicht mehr zu bestreiten: *“Based on the results of our experiments, and descriptions of the type of devices and technologies known to be employed in China – such as Cisco’s “Secure Intrusion Detection System” – we propose the following model for the operation of a router that is a part of the Chinese firewall.”⁶⁰*

Cisco ist maßgeblich am Ausbau des chinesischen Backbones beteiligt und liefert seit Jahren die technische Infrastruktur, die alle Möglichkeiten der Filterung des Internets bereitstellen. Als Beispiel seien hier nur die *Cisco 12000 Series Router* genannt, deren technischen Dokumenten zu entnehmen ist, welches Zensurpotential ihnen innewohnt: *“Identifies packets using service-provider-specific criteria defined by access control lists (ACLs) or extended ACLs, which examine Layer 2, 3, or 4 fields and determine whether packets will be dropped. Packets are classified based on such criteria as physical port, IP address, application port, protocol type, or other policies defined by ACLs or extended ACLs.”⁶¹*

Entsprechende Router wurden und werden unter Anderem zum Aufbau des ChinaNet sowie des „Next-Generation Network“ geliefert⁶². Seit seinem Markteintritt 1994 in China hat Cisco Systems nach eigenen Angaben für die Weiterentwicklung des chinesischen Internets eine sehr bedeutende Rolle gespielt, sowohl durch Lieferung von Technologie und Infrastruktur, als auch durch Aufbau eines Forschungs- und Entwicklungszentrums in Shanghai und die Bereitstellung von 700 Mio US\$ Venturekapital. 2007 wurde Cisco zu einem der 25 anerkanntesten Unternehmen in China gekührt⁶³.

59 Opennet-initiative: Internet Filtering in China in 2004-2005: A Country Study, S. 6f

60 Richard Clayton, Steven J. Murdoch, and Robert N. M. Watson (University of Cambridge): Ignoring the Great Firewall of China, 6th Workshop on Privacy Enhancing Technologies, S. 6

61 Cisco Systems: Service-Enabling the Network Edge with Cisco 12000 Series IP Services Engine Technology, www.cisco.com/warp/public/cc/pd/rt/12000/prodlit/seise_wp.pdf abgerufen 16.08.2007

62 Cisco News Release: China Telecom Selects Cisco as Primary Supplier for ChinaNet 2006 Expansion, 05.07.2006, http://newsroom.cisco.com/dlls/global/asiapac/news/2006/pr_07-05b.html abgerufen 16.08.2007

63 Cisco News Release: Cisco Among China's 25 Most Respected Companies, 14.05.2007, http://newsroom.cisco.com/dlls/global/asiapac/news/2007/pr_05-14.html abgerufen 16.08.2007

Mit der Lieferung von Technologie, die geeignet ist, Zensur zu verüben und somit Menschenrechtsverletzungen zu begehen allein macht sich Cisco Systems nach den internationalen Normen sicherlich noch nicht der Beihilfe zur Menschenrechtsverletzung schuldig.

Wenn Menschenrechtsverletzungen jedoch wissentlich hingenommen und Kapitalinteressen untergeordnet werden, sie gar durch Schulungen von Sicherheitsbehörden unterstützt werden, kann nicht mehr angenommen werden, dass Cisco Systems seiner Verantwortung gerecht wird.

Ciscos Argumentation ist in dieser Hinsicht auch leicht durchschaubar. So reagierte Terry Alberstein (PR Cisco Asia/Pacific) auf Kritik von Menschenrechtsverbänden, indem er den Verkauf von Hochtechnologie an China mit dem Verkauf an demokratische Staaten verglich: "*The networking hardware and software products that Cisco sells in China are exactly the same as we sell in every market in the world. And it is our users, not Cisco, that determine the applications that they deploy.*"⁶⁴ Damit disqualifiziert sich Cisco Systems, die Prinzipien des *Global Compact* einzuhalten. Das Argument, dass entsprechende Hardware auch an Sicherheitsbehörden verschiedener Länder geliefert wird und man sich dabei an nationale (amerikanische) Gesetze halte, kann mit Blick auf die chinesische Rechtslage nur als Hohn angesehen werden: "*Cisco does sell networking equipment to law enforcement agencies around the world, including in China, in compliance with U.S. Department of Commerce regulations.[...]*"⁶⁵.

4.2 Software-Produzenten

Software spielt eine bedeutende Rolle in allen Bereichen des Internets. Sie gibt vor, wie Informationen dargestellt werden, wie Informationen ausgetauscht werden und wie kommuniziert wird.

Auch Softwareproduzenten kommen mittlerweile nicht um ein Engagement in China herum, wie die Beispiele Microsoft, Oracle⁶⁶

64 Cisco Blogs: Cisco/China "Ruckus", August 25, 2005, http://blogs.cisco.com/gov/2005/08/ciscochina_ruckus.html abgerufen 16.08.2007

65 ebd.

66 Oracle Press Release: EMC and Oracle Establish Joint Technology Development Center in China, 23.Juni 2005, http://www.oracle.com/corporate/press/2005_may/emc_orcl_chinal.html abgerufen 16.08.2007

oder Opera Software⁶⁷ zeigen.

Mit Bezug auf die Menschenrechtslage in China nimmt der wohl weltweit größte Hersteller von Instant-Messaging Lösungen, Skype, eine problematische Rolle ein, wie bereits angedeutet wurde.

Die Vision dieser weltweit tätigen Firma ist es, einfache und verlässliche Kommunikation im Internet anzubieten, die ein zudem hohes Maß an Sicherheit bietet: „[...] *Skype's mission is providing a simple, reliable and friendly communications tool that just works. [...] Skype works behind most firewalls and gateways without providing new security risks. Skype calls are encrypted for your security, and we maintain a strict privacy policy. [...]*“⁶⁸. Was unter Sicherheit noch zu verstehen ist, nämlich Privatsphäre und Konsistenz der übertragenen Kommunikationsinhalte, findet sich im Skype Privacy-Statement: „[...] *Skype is committed to respecting Your privacy and the confidentiality of Your personal data, traffic data and communications content. [...]*“⁶⁹.

In der Realität scheint man auch bei Skype seinen eigenen Visionen nicht treu und seiner Verantwortung mit Bezug auf die Menschenrechte nicht bewußt zu sein. So wurde in den chinesischen Skype-Ableger, der in einem Joint-Venture von Tom Online und Skype entstanden ist, ein Textfilter eingebaut, der der Inhaltsfilterung unerwünschter Begriffe bei der Kommunikation der Nutzer dient.

Zur Funktionsweise des Filters schreibt Jaanus, ein ehemaliger Mitarbeiter der Marketing-Abteilung: „*The filter operates solely on text chats. The filter has a list of words which will not be displayed in Skype chats.*“⁷⁰

Die Antwort von Skypes Geschäftsführer Niklas Zennström auf die Zensurvorfürfe unterscheidet sich wenig von der von Cisco Systems angeführten Argumentation und führt deutlich vor Augen, dass auch in diesem Fall unternehmerische Interessen über allgemeine Menschenrechtsfragen gestellt werden: "*Tom had*

67 Opera Software Press Release: Chinese mobile phone users to browse the Web with "KongZhong Opera", 19.Juli 2007, <http://www.opera.com/pressreleases/en/2007/07/19/> abgerufen 16.08.2007

68 Skype Vision, <http://www.skype.com/intl/en/company/> abgerufen 16.08.2007

69 Skype Privacy Statement, http://www.skype.com/intl/en/company/legal/privacy/privacy_general.html abgerufen 16.08.2007

70 Jaanus: Comments about Skype chat text filtering in China, http://share.skype.com/sites/en/2006/04/comments_about_skype_chat_text.html abgerufen 16.08.2007

*implemented a text filter, which is what everyone else in that market is doing. [...] Those are the regulations.*⁷¹.

4.3 Dienstleister

Dienstleister im Internet - darunter fallen vor allem Anbieter von Suchmaschinen, Internetverzeichnissen, Anbieter von elektronischen Tagebüchern, oder E-Mail-Provider.

Alle namenhaften Anbieter, die ihre Dienste in den westlichen Industrienationen anbieten, sind auch in China vertreten. So findet man chinesische Versionen von Google, Yahoo!, und das von Microsoft betriebene Portal MSN.

Alle drei Firmen betrachten sich als ethisch verantwortungsbewusste Unternehmungen und haben sich auf die Fahnen geschrieben, nach ihren Unternehmensgrundsätzen zu handeln sowie ihrer Verantwortung gegenüber Nutzern und Investoren gerecht zu werden.

So heißt es bei Yahoo! zum Selbstverständnis als global verantwortliches Unternehmen: *„Yahoo! is committed to open access to information and communication on a global basis. We believe information is power. Citizens across the globe are benefiting greatly from increased access to communications, commerce and independent sources of information. The Internet [...] provided citizens with more freedom in how they live, work, exchange ideas and make choices.*“⁷²

Ähnliches findet sich bei Google, dem derzeit wohl wichtigsten und größten Suchmaschinenbetreiber der Welt, der sich zum Ziel gesetzt hat, Informationen weltweit und universell zugreifbar zu machen: *„Google's mission is to organize the world's information and make it universally accessible and useful.*“⁷³.

Freier Zugang zu Informationen ohne Einschränkungen, das ist die Philosophie, die den Investoren und Nutzern zum Börsengang im Jahr 2004 präsentiert wurde: *„We have also emphasized an atmosphere of creativity and challenge, which has helped us provide unbiased, accurate and free access to information for those*

71 vgl. Alison Maitland (Financial Times): Skype says texts are censored by China, 18.April 2006

72 Yahoo! Press Release: Our Beliefs as a Global Internet Company,

<http://yhoo.client.shareholder.com/press/ReleaseDetail.cfm?ReleaseID=187401> abgerufen 16.08.2007

73 Google: Company Overview, <http://www.google.com/intl/en/corporate/index.html> abgerufen 16.08.2007

who rely on us around the world.”⁷⁴

Wie Yahoo! und Google, so versteht sich Microsoft als Unternehmen mit globaler Reichweite und damit verbunden globaler Verantwortung. So unterzeichnete Microsoft am 9. März 2007 den *UN Global Compact*, der sie zur Einhaltung von Menschenrechten anhält. Außerdem ist Microsoft neben Cisco Systems, Google und vielen anderen Technologieanbietern in der *Internet Society* vertreten, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Vorteile des Internets allen Menschen zugute kommen zu lassen: *„The mission of the Internet Society is to promote the open development, evolution, and use of the Internet for the benefit of all people throughout the world.”⁷⁵*

Und die Realität? Alle aufgeführten Dienstleister filtern die Suchergebnisse und entfernen Internetseiten aus ihren Verzeichnissen, wie zahlreiche Berichte von Menschenrechtsorganisationen und Bürgerrechtlern zeigen⁷⁶. Von einem freiem Zugang zu Informationen und demokratischen, kreativen Verfahren kann bei keinem der Anbieter die Rede sein.

Die Unternehmen gehen sogar so weit, dass sie freiwillige Selbstzensur durch Verträge absichern, wie im Fall von Yahoo! durch die Unterzeichnung des „Public Pledge on Self-Discipline for the China Internet Industry“⁷⁷. Dort heißt es in Artikel 10: *„We Internet access service providers pledge to inspect and monitor information on domestic and foreign websites when it provides access to those sites and refuse access to those websites that disseminate harmful information.“* Damit macht sich Yahoo! der aktiven Beihilfe von Menschenrechtsverletzungen schuldig, wie auch Human Rights Watch⁷⁸ feststellt.

Wo Google und Microsoft bei der Zusammenarbeit mit den chinesischen Behörden noch zögern, ging Yahoo! noch einen Schritt weiter, indem es dem chinesischen Sicherheitsapparat sensitive Daten lieferte, die zur Inhaftierung von Shi Tao, einem chinesischen

74 Google: Letter from the Founders (From the S-1 Registration Statement) - An Owner's Manual" for Google's Shareholders, http://investor.google.com/ipo_letter.html abgerufen 16.08.2007

75 Internet Society Mission Statement, <http://www.isoc.org/isoc/mission/> abgerufen 16.08.2007

76 vgl. hierzu auch die Beispiele aus eigenen Untersuchungen im Anhang.

77 Public Pledge on Self-Discipline for the China Internet Industry, <http://www.isc.org.cn/20020417/ca102762.htm> abgerufen 16.08.2007

78 Human Rights Watch: Yahoo! Risks Abusing Rights in China, New York 9. August 2002, <http://www.hrw.org/press/2002/08/yahoo080902.htm> abgerufen 16.08.2007

Journalisten führten⁷⁹. Wie in allen bisher aufgeführten Fällen wird auch von Yahoo! argumentiert, es habe sich an die lokalen Gesetze zu halten: „*Just like any other global company, Yahoo must ensure that its local country sites must operate within the laws, regulations and customs of the country in which they are based.*“⁸⁰. Dabei werden die eigenen Firmengrundsätze und internationalen Normen in keinem Satz erwähnt, Yahoo! versteckt sich hinter allgemeinen Floskeln, die nur verdeutlichen, dass bei den Investments in China nur der *Return-of-Investment*, also der zukünftige Profit eine Rolle spielt, und die ethischen Grundüberzeugungen über Bord geworfen werden.

4.4 Zusammenfassung

Es wurde gezeigt, wie westliche Unternehmen in China sowohl gegen ihre eigenen, in Unternehmensgrundsätzen proklamierten ethischen Normen, wie auch gegen internationale Standards in Form von Empfehlungen und Resolutionen supranationaler Organisationen verstoßen. Die unrühmliche Rolle, die transnationale Unternehmen in China bei der Kontrolle, Filterung und Zusammenarbeit mit den lokalen Sicherheitsbehörden einnehmen, wird von Menschenrechtsorganisationen immer wieder kritisiert.

An einer rechtlichen Grundlage in Form von völkerrechtlichen Verträgen, aufgrund derer transnationale Konzerne für ihre Menschenrechtsverstöße haftbar gemacht werden könnten, mangelt es noch immer und es sind keine Anzeichen erkennbar, die an dieser Situation in absehbarer Zeit etwas ändern werden, auch wenn der öffentliche Druck durch eben jene Menschenrechtsorganisationen weiterhin aufrecht erhalten wird.

Das Verhalten wie die entschuldigende Argumentation der in dieser Arbeit untersuchten Unternehmen wirft ein schlechtes Licht auf die westliche Welt, die scheinbar nicht nach den Maximen handelt, die sie anderen aufbürden möchte.

Abschließend wird nun ein Blick auf zwei aktuelle gesetzgeberische Initiativen in den diese Maximen propagierenden Regionen

79 Information supplied by Yahoo! helped journalist Shi Tao get 10 years in prison, http://www.rsf.org/article.php3?id_article=14884 abgerufen 16.08.2007

80 BBC news: Yahoo 'helped jail China writer', 7 September 2005, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/asia-pacific/4221538.stm> abgerufen 16.08.2007

geworfen, die die Frage nach der Glaubwürdigkeit der westlichen Staatenwelt noch verschärfen werden.

5 Die westlichen Demokratien ein Hort der Freiheit?

Die westlichen Demokratien, darunter werden im weiteren Sinne Europa, die USA, Canada und Australien verstanden. Ihnen gemein ist der Anspruch, Demokratie und Menschenrechte zu achten und ihre demokratischen Werte auch in die Welt hinein zu tragen, um auch anderen Nationen die Vorzüge der freiheitlicher Demokratie und Lebensweise nahezubringen.

Um die vom „Westen“ vertretenen Maximen glaubwürdig vertreten zu können, ist in erster Linie das Vorleben dieser Grundsätze von Bedeutung. Gerade in diesem Bereich haben die westlichen Industrienationen in den letzten Jahren an Reputation verloren, wenn man an die Behandlung von Kriegsgefangenen im amerikanischen Abu-Ghuraib-Gefängnis (Irak), dem Gefangenenlager in Guantánamo auf Cuba oder in Deutschland an die unrühmliche Kurnaz-Affaire denkt. In all diesen Fällen wurden und werden allgemein anerkannte demokratische Regeln, wie das Recht auf einen fairen Prozess und völkerrechtliche Verträge mißachtet, mit schweren Folgen für die Menschenrechte der betroffenen Personen.

Auch im Bereich von Informationsfreiheit, dem Recht auf Privatsphäre und dem Recht auf freie Meinungsäußerung gibt es bedenkliche Entwicklungen.

So wurde im Jahr 2002 in Deutschland erstmals durch die Landesregierung Düsseldorf eine Sperrverfügung⁸¹ erlassen, die den Internet-Service-Providern in Nordrhein-Westfalen nahelegte, den Zugang zu bestimmten rechtsradikalen und anstößigen Internetseiten, die zum überwiegenden Teil in den USA erstellt wurden, zu unterbinden⁸². Aufgrund des enormen politischen Drucks und angedrohten Bußgeldern bei Nichtbefolgung erfüllten zahlreiche Provider die Forderungen und leiteten Anfragen auf die betreffenden Internetseiten zu anderen Seiten um, indem sie ihre Domai-Name-Server manipulierten.

81 Die Sperrverfügung ist abrufbar unter: <http://www.artikel15.de/rohetexte/sperrverfueg.pdf> abgerufen 17.08.2007

82 vgl. Umfangreiche Materialsammlung zur Sperrverfügung, <http://odem.org/material/Materialsammlung-Sperrungen.pdf> abgerufen 17.08.2007

Waren es bei dieser umstrittenen politischen Entscheidung noch einzelne Inhalte, deren Zugang eingeschränkt werden sollte, um die Allgemeinheit zu schützen, so zeigen aktuelle Entwicklungen auf, dass das neue Argument des „Terrorismus“ alle Mittel zu heiligen scheint und dabei grundrechtlicher Garantien kaum noch beachtet werden.

Dies gilt für diplomatisches Stillhalten, wie es etwa während des Tschetschenien-Krieges Russlands im Westen der Fall war und für die völkerrechtlichen Ausnahmezustände in Guantanamo, als auch für neue Gesetzesinitiativen die die Informationsfreiheit, das Recht auf Privatsphäre und das Recht der Meinungsfreiheit in Europa und den USA einschränken, wie die zwei nun betrachteten Gesetze und Richtlinien offenbaren.

5.1 Die Vorratsdatenspeicherung in der EU

Die am 14. Dezember 2005 vom Europäischen Parlament und am 21. Februar 2006 vom Rat der Innen- und Justizminister beschlossene "Richtlinie über die Vorratsspeicherung von Daten, die bei der Bereitstellung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste erzeugt oder verarbeitet werden, und zur Änderung der Richtlinie 2002/58/EG"⁸³ (RiL 2006/24/EG) verpflichtet die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dazu, nationale Gesetze zu erlassen, die allen Anbieter von Telekommunikationsdiensten die Pflicht auferlegt, personenbezogene Daten und vor allem die bei der Kommunikation ihrer Nutzer anfallenden Verbindungsdaten auf Vorrat zu speichern und den Sicherheitsbehörden bei Anfrage zur Verfügung zu stellen.

In der Begründung der Richtlinie wird davon ausgegangen, dass eine einheitliche Regel zur Speicherung von bei elektronischer Kommunikation entstehenden Daten für alle EU-Mitgliedstaaten benötigt wird, um einerseits die in den Nationalstaaten unterschiedlich geregelten Regelungen zum Vorteil des gemeinsamen Binnenmarktes zu harmonisieren und andererseits eine verbesserte Strafverfolgung durch einheitliche Instrumente in der EU zu schaffen⁸⁴.

83 DIRECTIVE 2006/24/EC OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on the retention of data generated or processed in connection with the provision of publicly available electronic communications services or of public communications networks and amending Directive 2002/58/EC, 15. März 2006, http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2006/l_105/l_10520060413en00540063.pdf abgerufen 17.08.2007

84 vgl. ebd. S.1 Abs. 6, 7, 11

Die zu speichernden Daten umfassen alle Verkehrs- und Standortdaten, die zur Feststellung des jeweiligen Teilnehmers oder registrierten Benutzers eines Kommunikationsvorganges erforderlich sind⁸⁵. Ausgenommen sind Inhaltsdaten, auch wenn in der Literatur umstritten ist, ob eine Trennung von Verbindungs- und Inhaltsdaten in jedem Falle, etwa bei Email-Diensten möglich ist. Auch lassen Verbindungsdaten Rückschlüsse auf den Inhalt der Kommunikation zu, so etwa wenn von einem Bürger Kontakt mit Beratungsstellen aufgenommen wurde.

Verpflichtet zur Speicherung sind Anbieter öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste sowie Betreiber von öffentlichen Kommunikationsnetzen, worunter sowohl privatwirtschaftlich geführte Unternehmen als auch freie Bürgernetze wie etwa die in vielen Städten anzutreffenden Freifunk-Initiativen⁸⁶ fallen.

Durch die Richtlinie erfasst werden wie bereits erwähnt alle Daten, die Aufschluss über die an einem Kommunikationsvorgang beteiligten Parteien ermöglichen und umfassen bei Telefoniediensten unter anderem gewählte Rufnummern, Dauer des Vorgangs, Name und Anschrift der beteiligten Personen, Dienstart (z.B. Sprachtelefonie, SMS⁸⁷, MMS⁸⁸), Geräte- und Mobilteilnehmerkennungen, sowie im Falle von Mobiltelefonie die Funkzelle, in der das Mobiltelefon bei Beginn der Nutzung eines Dienste eingebucht war⁸⁹.

Bei Kommunikationsvorgängen im Internet werden e-Mail-Adressen, zugewiesene Benutzerkennungen⁹⁰, Dienstart, Beginn und Ende der Internetnutzung, sowie zugewiesene IP-Adresse⁹¹ gespeichert.

85 vgl. ebd. Art. 1 Abs. 1

86 Die Freifunk-Bürgernetze stellen für jeden offene Netzwerkinfrastrukturen bereit, die eine weitgehend anonyme Internetnutzung, aber auch die Nutzung viele weitere Dienste kostenlos ermöglichen. Weitere Informationen zum Freifunk-Netzwerk sind unter <http://www.freifunk.net> zu finden. vgl. auch Christof Autengruber: Vision und Realität Freier Community Netze - Selbstorganisation in der Netzkultur, Magisterarbeit, Universität Salzburg, Januar 2007, <http://www.dslnachpankow.de/cms/modules/PDlinks/visit.php?cid=15&lid=80> abgerufen 16.08.2007

87 Short Messaging Service (SMS): Kurznachrichten in Textform, die über Mobilfunkgeräte übertragen werden können

88 Multi Media Service (MMS): Kurznachrichten mit Multimediainhalten, wie Videos und Musik

89 vgl. Art. 5 RiL 2006/24/EG

90 Gemeint sind hier Zugangsdaten, also die vom Zugangsanbieter zugewiesene Benutzerkennung, zu der meist ein Benutzerpasswort gehört, das bei der Interneteinwahl abgefragt wird. Passwörter werden durch die Richtlinie nicht erfasst.

91 Bei der Einwahl über einen Internet Service Provider (Zugangsanbieter) bekommt der Nutzer eine eindeutige Hausnummer zugewiesen. Diese bleibt über die Dauer der Interneteinwahl bestehen. An diese Nummer werden dann beim Abruf von Inhalten die Daten, wie zum Beispiel eine Internetseite, geschickt.

Die Richtlinie legt eine Speicherdauer für die genannten Daten von zwischen 6 und 24 Monaten fest⁹² und bewegt sich damit weit unter dem ursprünglichen Gedanken an eine 36monatige Speicherfrist.

Unter dem Absatz 7 „Data protection and data security“ werden einige rudimentäre Prinzipien formuliert, die die Mitgliedsstaaten einzuhalten haben. So haben diese sicherzustellen, dass die von der Speicherungspflicht betroffenen Anbieter Daten gegen zufällige oder unrechtmäßige Zerstörung, zufälligen Verlust oder zufällige Änderung, unberechtigte oder unrechtmäßige Speicherung, Verarbeitung, Zugänglichmachung oder Verbreitung schützen. Die Kosten hierfür sind durch die Anbieter zu tragen, es findet hier also, wie in China, eine Inanspruchnahme Privater für öffentliche Aufgaben - hier der Strafverfolgung - statt.

Die vorgestellte Richtlinie wird, so sie europaweit umgesetzt werden sollte, das Recht auf Privatsphäre und Meinungsfreiheit nachhaltig schädigen. Sie erinnert ihren inhaltlichen Bestimmungen nach stark an die chinesischen Regularien für Internetanbieter, wo es ebenfalls hieß: *"An Internet service provider (ISP) must record such information as the time that its subscribers accessed the Internet, the subscribers' account numbers, the addresses or domain names of the Web sites, and the main telephone numbers they use [...] (and) must keep a copy of their records for 60 days [...]"*⁹³

Zwar wird in der EU-Richtlinie auf die Einhaltung europäischer Datenschutzbestimmungen, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie nationaler Grundrechte gedrängt, von Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen⁹⁴ wird die Richtlinie dennoch als unverhältnismäßig und nicht vereinbar mit freiheitlich-demokratischen Grundprinzipien aufgefasst. Durch sie würden unter anderem das rechtsstaatliche Prinzip der Unschuldsvermutung⁹⁵ umgekehrt und die freie Meinungsäußerung

92 vgl. Art. 6 RiL 2006/24/EG

93 vgl. Measures For Managing The Internet Information Services, Art.14

94 So sprachen sich über 90 Organisationen gegen die geplante EU-Richtlinie aus, darunter Privacy International, European Digital Rights (EDRI), Foundation for a Free Information Infrastructure, Statewatch, Agir ensemble pour les droits de l'homme, Humanistische Union und viele mehr. vgl.<http://www.edri.org/campaigns/dataretention/0409> abgerufen 17.08.2007

95 Der Grundsatz Unschuldsvermutung besagt, dass im Strafprozess ein Angeklagter nicht verurteilt werden darf, bis seine Schuld nicht zweifelsfrei bewiesen ist. Durch die Speicherung der Kommunikationsdaten der rund 450 Mio.

einschränkt, welche nur auf Grundlage freiheitlicher Kommunikation⁹⁶ möglich sei.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben in den letzten Jahren bei der Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung zunehmend Datenbestände⁹⁷ verknüpft, die Zusammenarbeit von Diensten und Polizei⁹⁸ auch mit außereuropäischen Behörden erhöht und verlieren dabei nach und nach das grundrechtliche Augenmaß⁹⁹, wie auf Ebene der EU die geplante Vorratsdatenspeicherung, die umstrittene Einführung von biometrischen Daten in Ausweispapieren, die Lieferung von Fluggastdaten an die USA zeigen und wie es viele weiterer Maßnahmen¹⁰⁰ in den einzelnen Nationalstaaten offenlegen¹⁰¹.

5.2 Informationsfreiheit made in USA

Mit der am 5. August 2007 erfolgten Zustimmung der Demokraten im Repräsentantenhaus des US-Kongresses wurde in den USA ein Gesetz verabschiedet, das es den Sicherheitsbehörden der USA erlaubt, jegliche Kommunikation, die mit ausländischen Kommunikationspartnern erfolgt und verdächtigt wird, eine Gefahr für die Vereinigten Staaten darzustellen, abzuhören. Der "*Improving Foreign Intelligence Surveillance to Defend the Nation and the Constitution Act of 2007*"¹⁰² sieht dafür keinerlei gerichtliche Prüfung vor und erstreckt sich auch auf Kommunikationsvorgänge

EU-Bürger auf Vorrat wird dieser Grundsatz aufgehoben, da die erhobenen Daten der Strafverfolgung in der Zukunft dienen sollen. Es wird also davon ausgegangen, dass jeder redliche Bürger potentiell ein Straftäter werden könne.

96 So können Träger von Berufsgeheimnissen wie Ärzte, Rechtsanwälte, Geistliche oder Journalisten durch die Überwachung ihrer Kommunikation negativ in ihrer Berufsausübung beeinträchtigt werden. Gleiches gilt für politische, religiöse und soziale Bewegungen. Demokratische Prozesse sind ohne Meinungsfreiheit, ohne Freiheit der Kommunikationswege nicht zu denken.

97 vgl. Heise Verlag: Minister einigen sich auf EU-weite Vernetzung von Gen- und Fingerabdruckdatenbanken, 15. Februar 2007, <http://www.heise.de/newsticker/meldung/85383/from/rss09> abgerufen 17.08.2007

98 vgl. Vertrag von Prüm über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration, <http://www.bmj.bund.de/media/archive/974.pdf> abgerufen 11.07.2007

99 So auch Rolf Gössner: "Menschenrechte in Zeiten des Terrors. Kollateralschäden an der Heimatfront", Hamburg, Konkret Literatur Verlag, 2007; Jean-Claude Paye: The End Of Habeas Corpus in Great Britain, in: Monthly Review Volume 57, Number 6, 2005 ; Human Rights Watch: Commentary on Prevention of Terrorism Bill 2005, Human Rights Watch Briefing Paper

100 So etwa die von Großbritanniens Premier Gordon Brown geforderten Maßnahmen: Security speech in full, <http://www.epolitix.com/EN/News/200707/2555835e-46a7-4ceb-926c-91704bd1c576.htm> abgerufen 17.08.2007

101 siehe auch: Dirk Haubrich: September 11, Anti-Terror Laws and Civil Liberties: Britain, France and Germany Compared, in: Government and Opposition 38 (1), 2003, S. 3-28

102 Improving Foreign Intelligence Surveillance to Defend the Nation and the Constitution Act of 2007, <http://www.cnss.org/HR%203356%202007.pdf> abgerufen 17.08.2007

über das Internet wie E-Mail oder Voice-over-IP (Internettelefonie). So heißt es zur gerichtlichen Prüfung: „ [...] *a court order is not required for the acquisition of the contents of any communication between persons that are not located within the United States for the purpose of collecting foreign intelligence information, without respect to whether the communication passes through the United States or the surveillance device is located within the United States*“¹⁰³

Damit werden wiederum grundsätzliche Grundrechte wie das Recht auf einen fairen Prozess (*due process*) – gegen geheimdienstliche Ermittlungen und Ermittlungsergebnisse gibt es in den wenigsten Fällen einen Rechtsweg – und in Bezug auf elektronische Kommunikation das Recht auf Privatsphäre und freie Meinung eingeschränkt, wie etwa die *American Civil Liberties Union* (ACLU) beklagen.¹⁰⁴

Zusammenfassend kann sowohl für die Europäische Union als auch die Vereinigten Staaten von Amerika eine mangelhafte Konsistenz bei menschenrechtlichen Handlungsmaximen festgestellt werden. Dies gilt sowohl was die Wahrnehmung wirtschaftlichen Verantwortung, als auch den politischen Prozess in den genannten Regionen angeht. In der Öffentlichkeit werden durch die Akteure andere Ideale vertreten, als sie in der realen Politik umgesetzt und bei wirtschaftlichem Engagements zum Vorschein kommen.

6 Ausblick und Fazit

Das weltweite Datennetz Internet bietet nahezu unbegrenzte Möglichkeiten der Kommunikation, es hat das Potential fernab sozialer, politischer, religiöser oder kultureller Unterschiede einen Dialog der Kulturen über geografische Grenzen hinweg zu ermöglichen und so zu einer Weltgemeinschaft der „Informationsbürger“ beizutragen, den Menschenrechten, vor allem dem Recht auf Informations- und Meinungsfreiheit zum Durchbruch zu verhelfen..

Wie in dieser Arbeit gezeigt wurde, ist das Internet nicht in allen Ländern so frei, wie es idealer Weise sein sollte. So stellt die *Great Firewall of China* sowohl was den legislative Rahmen als auch die

¹⁰³vgl. ebd. Sec. 3

¹⁰⁴ACLU: President Bush Asking for More Power to Wiretap Americans, Gutting of the Foreign Intelligence Surveillance Act, 28.07.2007,<http://www.aclu.org/safefree/general/31132prs20070728.html>

technische Umsetzung anbelangt die bisher umfassendste Zensurmaschinerie dar, die bisher je aufgebaut wurde, um das Informationsmonopol eines Staates zu sichern und die ihn stabilisierenden Machtverhältnisse im Gleichgewicht zu halten.

Weiterhin wurde aufgezeigt, welche unrühmliche Rolle transnationale Unternehmen beim Aufbau der chinesischen Zensur-, Kontroll- und Filterarchitektur gespielt haben und weiterhin spielen, was die Glaubwürdigkeit der westlichen Industriestaaten in Menschenrechtsfragen ebenso unterminiert wie die aktuelle Sicherheitspolitik in den Demokratien westlicher Prägung selbst.

Betrachtet man die aktuellen sicherheitspolitischen Debatten des Westens, könnte man beinahe auf die Idee eines besonderen Technologietransfers in Sicherheitsfragen zwischen China und dem Westen kommen: So beliefern die Marktwirtschaften China mit Sicherheitstechnologie und importieren im Gegenzug nach und nach deren gesetzliche Regelungen. Die politischen Argumente zur Einführung von Kontrollen der Information und Kommunikation unterscheiden sich: Im Osten kämpft man für die „Ideale der Partei“, im Westen soll der „Kampf gegen den Terror“ repressives und präventives Vorgehen rechtfertigen. Die angewandten legislativen und technischen Mittel unterscheiden sich jedoch nicht und sind in ihren Wirkungen ähnlich verheerend: Sie schränken die Garantien der Allgemeinen Menschenrechte – maßgeblich die Meinungsfreiheit, die Informationsfreiheit und die Privatsphäre – ein.

Es scheint an der Zeit, den Allgemeinen Menschenrechten wieder Öffentlichkeit und Geltung zu verschaffen, wie der in dieser Arbeit konstatierte Verlust an Glaubwürdigkeit der freiheitlichen Demokratien zeigt.

Das Fehlen internationaler und vor allem rechtsverbindlicher Normen im Bereich der Menschenrechte führt in einer globalisierten Welt mit all ihren Unsicherheiten und Risiken scheinbar unweigerlich zu den hier festgestellten negativen Auswirkungen auf die Informationsfreiheit und die Freiheit sich der Informationen zu bedienen. Soll der Informationsgesellschaft – mit all ihren positiven wie negativen Effekten – zum Durchbruch verholfen werden, so stellt das Schaffen von internationalen, rechtsverbindlichen Normen einen ersten und unabdingbaren Schritt dar.

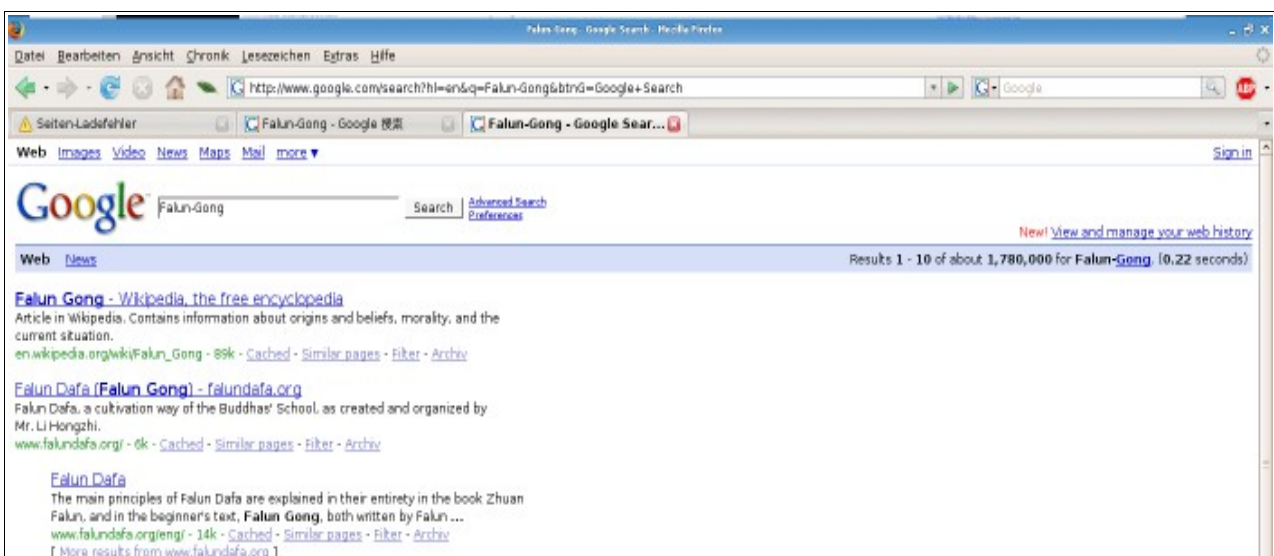
Dass Wissen Macht bedeutet, stellte der englische Philosoph Francis

Bacon schon 1597 fest. Dass das Informationszeitalter durch die Freigabe von Wissen erst möglich ist, diese aber unweigerlich mit einem Souveränitätsverlust des Nationalstaates verbunden ist, müssen die Nationalstaaten erst noch schmerzlich erfahren.

Abbildungen

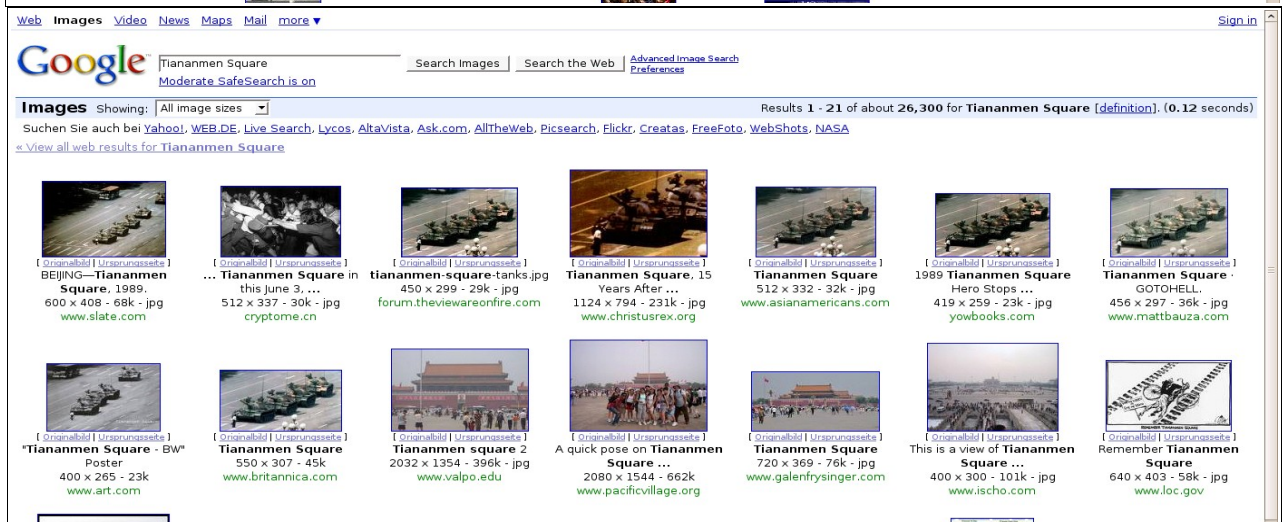
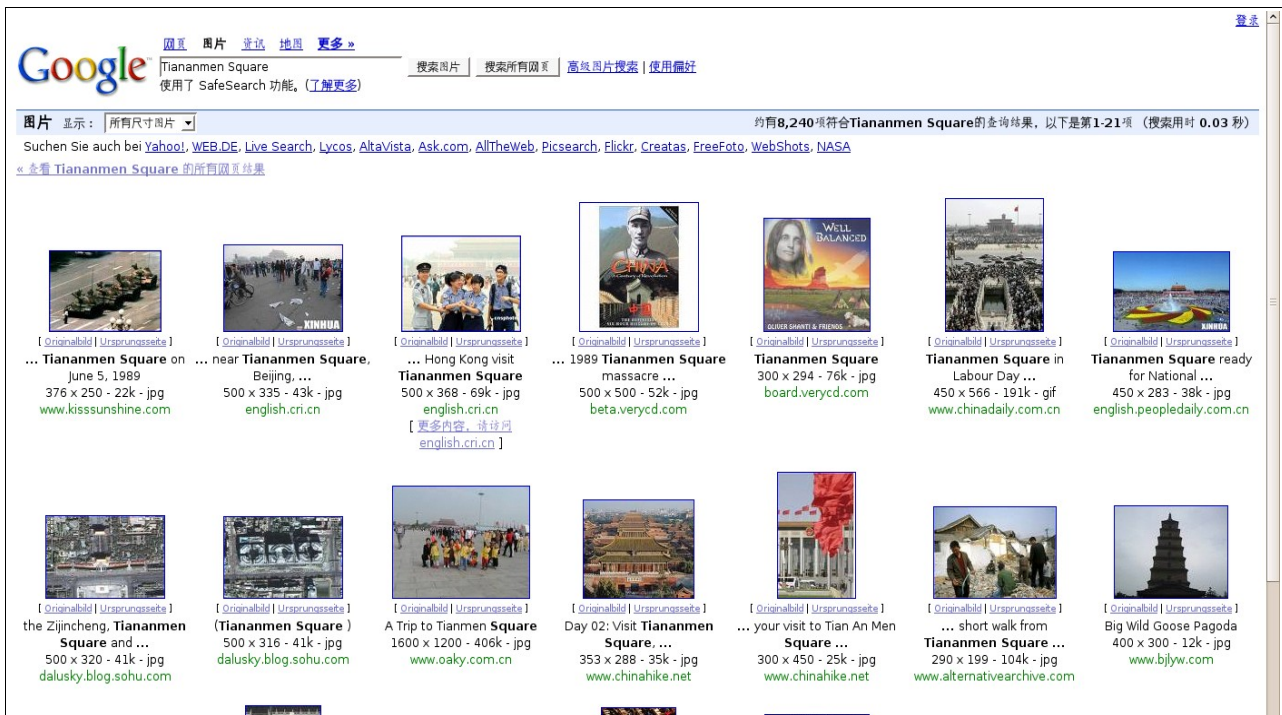
Filterung von Suchergebnissen in China

Die Suche nach „Falun-Gong“ brachte bei google.nc 86.000, bei google.com 1.780.000 Treffer. Bei Yahoo! China verursachte die Suche einen reproduzierbaren Verbindungsabbruch.





Bildersuche nach „Tiananmen Square“



Literatur

- ACLU: President Bush Asking for More Power to Wiretap Americans, Gutting of the Foreign Intelligence Surveillance Act, 28.07.2007, <http://www.aclu.org/safefree/general/31132prs20070728.html>
- Alison Maitland (Financial Times): Skype says texts are censored by China, 18. April 2006, <http://www.ft.com/cms/s/875630d4-cef9-11da-925d-0000779e2340.html> abgerufen 16.08.2007
- Alison Maitland: Skype says texts are censored by China, in: Financial Times, London, 18. April 2006
- Amnesty International: undermining freedom of expression in China - the role of Yahoo!, Microsoft and google, ai-index: POL 30/026/2006
- BBC News: China net cafe culture crackdown, 14 February, 2005, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/technology/4263525.stm> abgerufen 16.08.2007
- BBC news: Yahoo 'helped jail China writer', 7 September 2005, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/asia-pacific/4221538.stm> abgerufen 16.08.2007
- BBC: Explanations on Certain Questions Concerning the Specific Application of Law in the Trial of Cases of Stealing, Making Secret Inquiries of or Buying State Secrets and Intelligence and Illegally Providing Gathered State Secrets and Intelligence for Units Outside the Country, in China: Supreme People's Court on Stealing State Secrets, BBC Monitoring, 23. Januar 2001, from Xinhua, January 21, 2001
- Bremer: Radikal-politische Inhalte im Internet - ist ein Umdenken erforderlich?, MMR 2002 Heft 3, S. 147f
- Bruns, Axel et al.: Uses of Blogs, Peter Lang Publishing Inc, New York 2006
- China Education and Research Network: CERNET2 - Brief Introduction, <http://www.edu.cn/20060111/3170212.shtml> abgerufen 16.08.2007
- Christof Autengruber: Vision und Realität Freierer Community Netze - Selbstorganisation in der Netzkultur, Magisterarbeit, Universität Salzburg, Januar 2007, <http://www.dslnachpankow.de/cms/modules/PDlinks/visit.php?cid=15&lid=80> abgerufen 16.08.2007
- Cisco Blogs: Cisco/China "Ruckus", August 25, 2005, http://blogs.cisco.com/gov/2005/08/ciscochina_ruckus.html abgerufen 16.08.2007
- Cisco: "News Release: China Telecom Selects Cisco as Primary Supplier for ChinaNet 2006 Expansion", 05.07.2006, http://newsroom.cisco.com/dlls/global/asiapac/news/2006/pr_07-05b.html abgerufen 16.08.2007
- Cisco: "News Release: Cisco Among China's 25 Most Respected Companies", 14.05.2007, http://newsroom.cisco.com/dlls/global/asiapac/news/2007/pr_05-14.html abgerufen 16.08.2007
- Cisco: Service-Enabling the Network Edge with Cisco 12000 Series IP Services Engine Technology, www.cisco.com/warp/public/cc/pd/rt/12000/prodlit/seise_wp.pdf abgerufen 16.08.2007
- Cisco: UN Global Compact, http://www.cisco.com/web/about/ac227/about_cisco_corp_citi_global_compact.html abgerufen 17.08.2007
- CNNIC: Statistical Report on the Internet Development in China, 19th Survey Report, <http://www.cnnic.net.cn/download/2007/cnnic19threport.pdf> abgerufen 16.08.2007
- CNNIC: Statistical Report on the Internet Development in China, 20th Survey Report, <http://www.cnnic.net.cn/html/Dir/2007/08/03/4748.htm> abgerufen 16.08.2007
- Dirk Haubrich: September 11, Anti-Terror Laws and Civil Liberties: Britain, France and Germany Compared, in: Government and Opposition 38 (1), 2003, S. 3-28
- G. Elijah Dann und Neil Haddow: Just Doing Business or Doing Just Business: Google, Microsoft, Yahoo! and the Business of Censoring China's Internet, in: Journal of Business Ethics, 10/2007, Springer Verlag
- Google: Company Overview, <http://www.google.com/intl/en/corporate/index.html> abgerufen 16.08.2007
- Google: Letter from the Founders (From the S-1 Registration Statement) - An Owner's Manual" for Google's Shareholders, http://investor.google.com/ipo_letter.html abgerufen 16.08.2007
- Gordon Brown: Security speech in full, <http://www.epolitix.com/EN/News/200707/2555835e-46a7-4ceb-926c-91704bd1c576.htm> abgerufen 17.08.2007
- Guobin Yang: The Co-Evolution of the Internet and Civil Society in China, in: Asian Survey, Vol. 43, No.3, 2003, S. 405-422
- Heise Verlag: Minister einigen sich auf EU-weite Vernetzung von Gen- und Fingerabdruckdatenbanken, 15.

Februar 2007, <http://www.heise.de/newsticker/meldung/85383/from/rss09> abgerufen 17.08.2007

Human Rights Watch: "Freedom of Expression and the Internet in China, A Human Rights Watch Backgrounder", <http://www.hrw.org/backgrounder/asia/china-bck-0701.htm> abgerufen 16.08.2007

Human Rights Watch: Commentary on Prevention of Terrorism Bill 2005, Human Rights Watch Briefing Paper, <http://hrw.org/backgrounder/eca/uk0305/> abgerufen 17.08.2007

Human Rights Watch: Race to the Bottom - Corporate Complicity in Chinese Internet Censorship, August 2006 Volume 18, No. 8(C) , <http://www.hrw.org/reports/2006/china0806/china0806web.pdf> abgerufen 16.08.2007

Human Rights Watch: Yahoo! Risks Abusing Rights in China, New York 9. August 2002, <http://www.hrw.org/press/2002/08/yahoo080902.htm> abgerufen 16.08.2007

ILO: Tripartite Declaration of Principles concerning Multinational Enterprises and Social Policy, <http://www.ilo.org/public/english/employment/multi/download/declaration2006.pdf> abgerufen 17.08.2007

Internet Society Mission Statement, <http://www.isoc.org/isoc/mission/> abgerufen 16.08.2007

Internetworldstats.com: United States of America: Internet Usage and Broadband Usage Report, <http://www.internetworldstats.com/am/us.htm> abgerufen 16.08.2007

James Mulvenon: Breaching the Great Firewall? Beijing's Internet Censorship Policies and US-China Relations, in: The China Balance Sheet in 2007 and Beyond (Phase II Papers), Institute International Economics, <http://www.chinabalancesheet.org/Publication.html> abgerufen 16.08.2007

Jean-Claude Paye: The End Of Habeas Corpus in Great Britain, in: Monthly Review Volume 57, Number 6, 2005

Johan Lagerkvist: The Rise of Online Public Opinion in the People's Republic of China, in: CHINA: an international journal, März. 2005, S. 119-130

Lauff: Der Schutz bürgerlicher und politischer Rechte durch die Vereinten Nationen, NJW 1981 Heft 48, S. 2611f

Ling Zhu: China cracks down on sales of Internet bar licenses, BEIJING, 20. März 2007 (Xinhua), http://news.xinhuanet.com/english/2007-03/20/content_5872809.htm abgerufen 16.08.2007

Liwen Vaughan und Yanjun Zhang: Equal Representation by Search Engines? A Comparison of Websites across Countries and Domains, in: Journal of Computer-Mediated Communication 12, 2007, S. 888-909

Mayer: Recht und Cyberspace, in: NJW 1996 Heft 28, S. 1782f

Medhi, Deepankar and Ramasamy, Karthikeyan: Network Routing: Algorithms, Protocols, and Architectures. 2007, Morgan Kaufmann

Natalie Pace (Forbes.com): China Surpasses U.S. In Internet Use, 04.03.2006, http://www.forbes.com/2006/03/31/china-internet-usage-cx_nwp_0403china.html abgerufen 11.08.2007

ODEM: Materialsammlung zur Sperrverfügung, <http://odem.org/material/Materialsammlung-Sperrungen.pdf> abgerufen 17.08.2007

OECD: Guidelines for Multinational Enterprises (deutsch), http://www.humanrights.ch/home/upload/pdf/050728_oecd-leitsaetze_oecd-d.pdf abgerufen 17.08.2007

Opennet-Initiative: China (including Hong Kong), <http://opennet.net/sites/opennet.net/files/china.pdf> abgerufen 16.08.2007

Opennet-initiative: Internet Filtering in China in 2004-2005: A Country Study, http://www.opennetinitiative.net/studies/china/ONI_China_Country_Study.pdf abgerufen 16.08.2007, S. 11

Opera Software: "Press Release: Chinese mobile phone users to browse the Web with KongZhong Opera", 19.Juli 2007, <http://www.opera.com/pressreleases/en/2007/07/19/> abgerufen 16.08.2007

Oracle: "Press Release: EMC and Oracle Establish Joint Technology Development Center in China", 23.Juni 2005, http://www.oracle.com/corporate/press/2005_may/emc_orcl_chinal.html abgerufen 16.08.2007

Rebecca MacKinnon: Flatter world and thicker walls? Blogs, censorship and civic discourse in China, in Daniel Drezner and Henry Farrell, eds., The Political Promise of Blogging (Ann Arbor: University of Michigan Press, publication pending), draft version under the title "Chinese Blogs: Censorship and Civic Discourse" at http://rconversation.blogs.com/rconversation/files/mackinnon_chinese_blogs_chapter.pdf

Rebecca MacKinnon: Microsoft takes down Chinese blogger, 4. Januar 2006, http://rconversation.blogs.com/rconversation/2006/01/microsoft_takes.html abgerufen 16.08.2007

Reporter ohne Grenzen: Information supplied by Yahoo! helped journalist Shi Tao get 10 years in prison, http://www.rsf.org/article.php3?id_article=14884 abgerufen 16.08.2007

- Richard Clayton, Steven J. Murdoch, and Robert N. M. Watson (University of Cambridge): Ignoring the Great Firewall of China, 6th Workshop on Privacy Enhancing Technologies, <http://www.cl.cam.ac.uk/~rnc1/ignoring.pdf> abgerufen 16.08.2007
- Rolf Gössner: "Menschenrechte in Zeiten des Terrors. Kollateralschäden an der Heimatfront", Hamburg, Konkret Literatur Verlag, 2007
- Shanthi Kalathil: Between the Lines: China's Dot-Communism, in: Foreign Policy, Nr. 122., 2001, S. 74-75.
- Shanthi Kalathil: Dot.Com for Dictators, in: Foreign Policy, Nr. 135., 2003, S. 42-49
- Skype (Jaanus): Comments about Skype chat text filtering in China, http://share.skype.com/sites/en/2006/04/comments_about_skype_chat_text.html abgerufen 16.08.2007
- Skype: Privacy Statement, http://www.skype.com/intl/en/company/legal/privacy/privacy_general.html abgerufen 16.08.2007
- Skype: Vision, <http://www.skype.com/intl/en/company/> abgerufen 16.08.2007
- Vereinte Nationen: "Global Compact: The Ten Principles", <http://www.unglobalcompact.org/AboutTheGC/TheTenPrinciples/index.html> abgerufen 16.08.2007
- Vereinte Nationen: Norms on the responsibilities of transnational corporations and other business enterprises with regard to human rights, [http://www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/\(Symbol\)/E.CN.4.Sub.2.2003.12.Rev.2.En](http://www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/(Symbol)/E.CN.4.Sub.2.2003.12.Rev.2.En) abgerufen 17.08.2007
- Word summit on the information society, Tunis 2005, <http://www.itu.int/wsis/tunis/statements/docs/io-un-opening/1.html> abgerufen 18.08.2007
- Xiao Qiang: The words you never see in Chinese cyberspace, China Digital Times 30.08.2004, http://chinadigitaltimes.net/2004/08/the_words_you_n.php abgerufen 11.08.2007
- Xiaorong Li: "Asian Values" and the Universality of Human Rights, in: Business and Society Review, Volume 102, Number 1, März 1999, S. 81-87
- Yahoo! Press Release: Our Beliefs as a Global Internet Company, <http://yhoo.client.shareholder.com/press/ReleaseDetail.cfm?ReleaseID=187401> abgerufen 16.08.2007

Gesetze und Normen

- La Constitution - Déclaration des Droits de l'Homme et du citoyen de 1789, <http://www.legifrance.gouv.fr/html/constitution/const01.htm> abgerufen 10.08.2007
- Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (deutsche Fassung), Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948, <http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm> abgerufen 11.07.2007
- Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Menschenrechte/Download/IntZivilpakt.pdf> abgerufen 17.08.2007
- PRC Interim Regulations Governing the Management of International Computer Networks (Zhonghua renmin gongheguo jisuanji xinxi wangluo guoji lianwang guanli zanxing guiding), pub. Fazhi Ribao (Legal Daily), February 12, 1996, issued by State Council Order No.195, signed by Premier Li Peng on February 1, 1996. zitiert nach: <http://www.hrw.org/backgrounder/asia/china-bck-0701.htm>
- Computer Information Network and Internet Security, Protection and Management Regulations (Original translation provided by the US Embassy in Beijing), Approved by the State Council on December 11 1997 and promulgated by the Ministry of Public Security on December 30, 1997, http://newmedia.cityu.edu.hk/cyberlaw/gp3/pdf/law_security.pdf abgerufen 16.08.2007
- Telecommunications Regulations of the People's Republic of China, 25 September 2000 by the State Council of the People's Republic of China as State Council Decree No. 291, http://www.transasialawyers.com/translation/legis_17_e.pdf abgerufen 16.08.2007
- Measures For Managing The Internet Information Services, October 1, 2000 by the State Council, <http://newmedia.cityu.edu.hk/cyberlaw/gp9/pdf/lr01.pdf> abgerufen 11.08.2007
- DIRECTIVE 2006/24/EC OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on the retention of data generated or processed in connection with the provision of publicly available electronic communications services or of public communications networks and amending Directive 2002/58/EC, 15. März 2006, http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2006/l_105/l_10520060413en00540063.pdf abgerufen 17.08.2007
- Improving Foreign Intelligence Surveillance to Defend the Nation and the Constitution Act of 2007, <http://www.cnss.org/HR%203356%202007.pdf> abgerufen 17.08.2007

Bundesministerium der Justiz: Vertrag von Prüm über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration, <http://www.bmj.bund.de/media/archive/974.pdf> abgerufen 11.07.2007

Artikel5.de: Düsseldorfer Sperrverfügung: <http://www.artikel5.de/rohetexte/sperrverfueg.pdf> abgerufen 17.08.2007

Public Pledge on Self-Discipline for the China Internet Industry,
<http://www.isc.org.cn/20020417/ca102762.htm> abgerufen 16.08.2007

Europäisches Parlament: Resolution on EU Standards for European Enterprises operating in developing countries towards a European Code of Conduct, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:1999:104:0180:0184:EN:PDF> abgerufen 17.08.2007